Nr. 63. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 15. März 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Gewerbegerichte und „Humanitätsfanatismus".

Wer die Geschichte und die praktische Wirksamkeit der gewerblichen Schiedsgerichte in Deutschland kennt, und beide datiren ja Jahrzehnte zurück, der kann von dem Vorstoß des agrarischen Abgeordneten von Minnigerode und des kapitalistisch-feudalen Bergwerksdirektors Dr. Ritter in den Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 4. und 6. d. M. nur mit Goethe im Faust sagen: „Das Unzulängliche, hier wird's Ereigniß; das Unbeschreibliche, hier ist es gethan;" und dann mit einer kleinen Abänderung: „Das Ewig-Volksfeindliche zieht sie hinan." Eine solche Summe von Unwissenheit und sozialpolitischem Dilettantismus ist selten in so wenigen Stunden offenbart worden, wie von den genannten Herren bei ihren Reden gegen die Berggewerbegerichte. Deshalb ist eine sachliche Diskussion und Auseinandersetzung bei dem Standpunkt der Herren überhaupt kaum möglich. Wo jede Voraussetzung für die allergeringste Sachkenntniß fehlt, da kann eine ernsthafte Debatte nicht anknüpfen.

Jeder Referendar würde unseres Erachtens in seinem ersten Staatsexamen durchfallen, wenn er den blühenden Unsinn äußerte, den Herr von Minnigerode über die Gewerbegerichte verzapfte. „Das ordentliche Gericht ist etwas total anderes, wie ein natürlicher oder unnatürlicher Weise aus den verschiedenen Interessenten zusammengesetztes Gewerbegericht. Ja, vielen paßt der ordentliche Richter nicht mehr, das gebe ich recht, aber eine wirklich rein sachliche Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte würde ich vorziehen." Das ist so eines der großen Worte, welche Herr v. Minnigerode gelassen aussprach. Er hat die Entwickelung von der Rechtsprechung durch gelehrte Richter zu den Laiengerichten (übrigens einer „urteutschen" Einrichtung, Herr v. Minnigerode!) „total" verschlafen. Er weiß nicht, daß die Berggewerbe-Gerichte nur ein weiteres kleines Glied in der geschlossenen Kette der Entwickelung dieser Laiengerichte sind, die keine konservative Macht der Erde mehr aufhalten kann; ein Glied aus der Reihe der gewerblichen Schiedsgerichte, deren Zusammensetzung bestimmt ist nicht durch einen willkürlichen „Humanitäts-Fanatismus", sondern durch die technische Entwickelung der modernen Gewerbe, und die so wie in Deutschland, naturgemäß entstanden sind in Frankreich, in der Schweiz, in Belgien, in den meisten Staaten rings um uns herum. Herr v. Minnigerode und Dr. Ritter sind ohne jede blasse Ahnung von dem ungeheuren Fortschritt, der durch die Schiedsgerichte mit Laienrichtern, seien sie nun gewerbliche oder nicht gewerbliche, gemacht worden ist; dieselben stehen nicht im Gegensatz zum „ordentlichen Richter", sondern sie sind eine Vervollkommnung des „ordentlichen" Gerichtsverfahrens, desjenigen, bei welchem dem Rechtsgefühl des Volkes Rechnung getragen wird im Gegensatz zu den Patrimonial-Gerichten der Feudalzeit, die sich die konservativen Herren wohl zurückwünschen. Und die Billigkeit und Schnelligkeit dieser sachverständigen Volksgerichte würde den Herren freilich ein Dorn mehr im Auge sein, wenn sie etwas Ordentliches von ihr wüßten. Uebrigens haben in dieser Beziehung auch die anderen Redner des Abgeordnetenhauses, den preußischen Handelsminister eingeschlossen, einige nähere Sachkenntniß vermissen lassen. Das Frankfurter Gewerbegericht ist des Oefteren zitirt worden, aber seinem neuesten Geschäftsbericht etwas Konkretes zu entnehmen, ist keinem der Redner eingefallen und doch hätte Herr von Minnigerode mit seinen „ordentlichen" Gerichten so glänzend abgeführt werden können. Während das „ordentliche" Frankfurter Amtsgericht, um im Jargon des konservativen Barons zu reden, 1891/92 in 6319 Terminen nur 1917 Vergleiche zu Stande brachte, schloß das Frankfurter Gewerbegericht in demselben Zeitraum auf 1862 Terminen 917 Vergleiche, schaffte also in mehr als der Hälfte aller Verhandlungen die Streitigkeiten durch Ausgleich aus der Welt, das „ordentliche" Amtsgericht aber nur bei einem dritten Theil seiner Sachen. Bei dem „ordentlichen" Amtsgericht käme für die meisten Sachen, welche das Frankfurter Gewerbegericht verhandelte, eine Gebühr von 2,40 M. einmal, eventuell sogar dreimal in Ansatz; beim Gewerbegericht wurden beinahe zwei Drittel aller Sachen mit 20 bis 30 Pfennig Kosten erledigt. Derselbe Bruchtheil aller Streitigkeiten wurde in 4 Tagen erledigt, beim Amtsgericht dauert ein gleicher Prozeß mindestens 1½ Monate. Und wenn endlich das würdige Paar Minnigerode-Ritter oder Ritter-Minnigerode von einer „Provokation" der Arbeiter zu Streitigkeiten durch die Gewerbegerichte sprach, so ertheilt ihnen der Frankfurter Bericht ebenfalls bündige Antwort. Einmal kommt die „Provokation" gerade umgekehrt meist vom Unternehmer, der namentlich im Baugeschäft alle Arbeitsverträge so oberflächlich abschließt, daß sie eine Quelle von Streitigkeiten werden müssen. Sodann aber hat der Unternehmer freilich kein großes pekuniäres Interesse, einen Arbeiter zu verklagen: für 10 fortgelaufene bekommt er 100 andere. Für den Arbeiter dagegen und seine Familie ist die Einhaltung des Arbeitsvertrages Lebensfrage, das Gewerbegericht erlaubt ihm, seine Existenz nicht unrechtmäßig verschlechtern zu lassen, und deshalb sind Minnigerode und Ritter und Ritter und Minnigerode gegen die Gewerbegerichte aufgetreten. Und dann noch eins. Die Herren haben trotzdem gewagt, sich heuchlerisch mit der falschen Maske als Freunde des Arbeiterschutzes zu schmücken. Nun wohl — die Gewerbegerichte sind die eigentlichen Vollzugsbehörden des Arbeiterschutzes, weit mehr, als die machtlosen Fabrikinspektoren. Der beste dieser Beamten, der badische, hat dies in seinem neuesten Bericht zum Ausdruck gebracht und daraus geschlossen, „daß im Interesse der Arbeiter Gewerbegerichte . . . überall Bedürfniß sind, wenn auch die Arbeitgeber das Vorhandensein eines solchen Bedürfnisses verneinen." Also herunter mit der Maske der Sympathie für den „eigentlichen" Arbeiterschutz, ihr Herren Minnigerode und Ritter; versucht nicht, Eure Unkenntniß und Euer Uebelwollen auch noch durch dieses Mittelchen zu verhüllen.

In der That hat Herr von Minnigerode durch seine Parole: „Gegen den Humanitätsfanatismus" die Kennzeichnung des Vorstoßes gegeben. Alle Liebe für die „ordentlichen" Gerichte, die übrigens bei den Soldatenmißhandlungen ja auch plötzlich verschwindet, ist eitel Heuchelei. Die Herren fürchten daraus, daß die Gewerbegerichte auf bisher zurückgebliebene Arbeiterklassen, wie die Bergleute, angewendet werden und daß der Fortschritt der geheimen direkten Wahl auch diesen Leuten bekannt wird, das Eindringen der Aufklärung in das flache Land, schließlich auch in die Reihen der Landarbeiter, aus deren Kreisen sich ja die Bergleute vielfach rekrutiren. „Herren" wollen sie sein und bleiben, wie der von Minnigerode richtig sagte, und bei der Herauskehrung dieser Herrschsucht setzen sie sich mit junkerlicher Nonchalance über alles positive Wissen und Geschehen hinweg. Auch die Regierung tritt diesem Gebahren durchaus nicht mit der nöthigen Energie entgegen. Die Antworten des Handelsministers waren rein formeller Natur und erschöpften sich in dem Nachweise, daß die Konservativen früher der Einführung von Gewerbegerichten zugestimmt hätten. Als wenn ein echter Konservativer dadurch irgendwie genirt würde! Die Regierung hätte bereits früher viel energischer gegen einzelne Ortsbehörden einschreiten müssen, die im Einverständniß mit den Unternehmern die Errichtung von Gewerbegerichten auf die lange Bank geschoben haben. Im Amte Herne (Westfalen) hat der Handelsminister sogar kürzlich der Auflösung eines Gewerbegerichts zugestimmt, von dem der Amtsvorsteher den „Blättern für soziale Praxis" schreibt, daß es „nicht selten in fast frivoler Weise von den Arbeitern in Anspruch genommen wurde." Die Sozialdemokratie ist auch hier wieder die einzige konsequente Vertreterin eines Kulturfortschrittes; und weil sie im abgelebten preußischen Abgeordnetenhause fehlte, waren die Verhandlungen über die Gewerbegerichte dort öde und kraftlos. Es wird noch besser kommen, wenn die Berg-Gewerbegerichte erst funktioniren. Vorläufig haben sie ja sogar die westfälischen Zechenvertreter mit unter Dach bringen helfen. —

Die Saarbrückener Bergarbeiter-Petition.

Telegraphisch war bereits gemeldet worden, daß die Bergleute von der Saar durch eine an Reichstag und Landtag eingereichte Petition eine Untersuchungskommission fordern, bestehend aus dem Oberbergrath von Velsen, dem Landrath zu Saarbrücken, den abgelegten Bergleuten Peter Schillo-Altenkessel und Jakob Thome-Altenwald. Der Kommission soll die in der Eingabe dargelegten

Feuilleton.

Nachdruck verboten.) [39]

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Trotz des dichten Regens, welcher alles in einen dichten Schleier hüllte, konnte man sie sich auf dem Fahrwege nähern sehen. Zwei Gendarmen gingen voran und zwei folgten. Die drei Gefangenen befanden sich in der Mitte. Bald konnten sie sich gegenseitig deutlich sehen.

Von den Dreien sah Boris allein gesund und kräftig aus. Er ging in der Mitte und sein langer kastanienbrauner Bart flog im Winde. Aus seinem Gesichte leuchtete die Freude über das unerwartete Zusammentreffen, ohne daß ein Schatten des Aergers über dessen Bedeutung seine Züge getrübt hätte. Lewschin und Klein waren entweder vor Erregung oder weil sie sich nicht wohl befanden, sehr blaß.

Den Anschein vollständiger Gleichgiltigkeit beibehaltend, näherten sich die Freunde einander. Je mehr sie sich näherten, desto dringender wurde das Gebot, jedes Zeichen gegenseitigen Erkennens zu unterdrücken. Doch auch ohne hinzusehen, sahen und fühlten sie die gegenseitige Nähe.

Sina verlangsamte ihre Schritte. Sie näherten sich so langsam als möglich, doch verminderte sich die Entfernung zwischen den beiden Gruppen äußerst schnell. Um das hohe Glück und die tiefe Qual des gegenseitigen Wiedersehens zu verlängern, trat Sina unter das Portal eines Hauses, als ob sie Schutz vor dem Regen suche. Hier fiel ihr ein sehr schlauer Gedanke ein, welchen sie auch sofort ausführte. Den Schirm über sich ausspannend, blickte sie Boris an und begann mit der Miene einer Dame, welche weiß, daß sie erwartet wird, jedoch nicht läuten will, an der Thüre zu klopfen.

Andrej war ein wenig überrascht, sie an eine fremde Thüre klopfen zu sehen, errieth jedoch sofort, daß etwas dahinter stecken müsse. In der That telegraphirte Sina ihrem Gatten in der Zeichensprache der Gefangenen, bei welcher jeder Buchstabe durch eine kleine Anzahl verschiedenartig modulirter Schläge dargestellt wird, eine Botschaft hin. Sowohl Sina als Boris hatten mehrere Jahre ihrer Jugend im Gefängniß zugebracht und konnten diese Sprache ebensogut mit dem Auge als mit dem Ohre lesen.

Die Worte, welche sie Boris mittheilte, waren: „Erzwinge noch ein Verhör."

Die Schläge, welche diese Worte bezeichneten, folgten so schnell hintereinander, daß sie fertig war, bevor die Gefangenen vorüberkamen. Ein leichtes, kaum merkliches Nicken von Boris Seite sagte ihr, daß er sie verstanden habe und so handeln werde.

In diesem Augenblicke öffnete sich die Thür, und eine Hausmagd fragte nach ihrem Begehr.

Sina erkundigte sich, ob der Oberst Iwan Petrowitsch Krutikow — der erste beste Name, der ihr einfiel, — zu Hause wäre. Als ihr gesagt wurde, daß dies das Haus von Protopop Sacharow sei und kein Oberst Krutikow am Orte bekannt wäre, entschuldigte sie sich wegen ihres Irrthums und ging fort.

Die Gefangenen befanden sich schon in einiger Entfernung.

Sina und Andrej kehrten in bester Stimmung in ihre Wohnung zurück. Sie waren jetzt sicher, daß der Aufschub keine üble Folge nach sich ziehen würde. —

Kapitel V.
Der Kampf.

Am selben Abend tauschten Sina und Boris Briefe aus. Sina klärte die Gefangenen über die Ursache und die Dauer der Verzögerung auf. Boris benachrichtigte seine Freunde, daß er ihrem Winke gemäß gehandelt hätte: ein neues Verhör wäre sicherlich bei der nächsten Sitzung der Untersuchungskommission zu erwarten. Dies müßte auf Sonnabend fallen, da vorher keine Sitzung tage.

Am Freitag ging die Angelegenheit, welche den Aufschub verursachte, in St. Petersburg vor sich, und Andrej und Wassilij wünschten sich Glück, Sina's Rath befolgt zu haben. Nichtsdestoweniger glaubten sie beim Abschied sie vor einer neuen derartigen Verzögerung warnen zu müssen.

„Wenn Sie heute Abend ein ähnliches Telegramm wie gestern haben, bringen Sie es uns nicht. Wir werden auf keinen Fall von unserem Vorhaben abstehen, sodaß es nur zwecklos unsere Gemüthsruhe stören würde."

„Darüber seid ohne Sorgen," antwortete Sina, „solche Dinge passiren nicht jeden zweiten Tag."

Sie saßen wieder — zum letzten Mal — auf derselben Bank, wo Andrej vor drei Wochen das Fehlschlagen des alten Fluchtplanes erfahren hatte, und sie den Grund zu einem neuen gelegt.

Im Stillen dachten sie wohl daran, äußerten jedoch nichts. Darüber war nichts mehr zu sagen; alles war festgesetzt und nichts konnte geändert werden. Sie hatten für

Uebelstände prüfen; ersucht wird um die Wiederanstellung der 2459 abgelegten Bergleute, meist Familienväter mit 4 bis 8 Kindern. Die Petition, die in „Schlägel und Eisen", dem Bildstocker Arbeiterblatt, veröffentlicht ist, entnehmen wir Folgendes: „Schon vor zwei Jahren sollten die Gewerbegerichte hier eingeführt werden, bis heute sind noch keine da. Es wäre mancher Fall aufgeklärt worden, der heute mit zur Erbitterung der Bergleute beiträgt. Die Bergleute an der Saar glauben nun, die Arbeitsordnung sei einseitig gehalten, und die Gewerbegerichte hätten für sie jetzt keinen Werth mehr (was mit zum Streik beitrug). Nachdem nun die neue Bergarbeiter-Ordnung fertig gestellt war, sollte dieselbe den Gruben-Ausschüssen vorgelegt werden. Dieses ist geschehen, aber dieselbe wurde nur wenige Tage vor der Berathung den Ausschüssen eingehändigt, so daß es denselben nicht möglich war, die Tragweite zu überschauen, um den Bergleuten (ihren Wählern) dieselbe auseinander zu setzen. Man lese nachstehende Schriftstücke:

Schiffweiler, 28. Januar 1893.

Unterzeichnete Bergleute und Ausschuß-Mitglieder bezeugen hiermit, daß wir von der Kgl. Berginspektion Reden die Arbeitsordnung bekommen haben. Zwei Tage nachher waren wir zur Berathung derselben auf die Inspektion bestellt. Hier stellten wir den Antrag, dieselbe auf 14 Tage zu vertagen, damit wir uns über dieselbe informiren könnten. Dieses wurde uns jedoch vom Vorsitzenden verweigert.

Die Ausschuß-Mitglieder der Inspektion Reden.
(folgen Unterschriften.)

Auf Inspektion 7. wurde den Grubenausschuß-Mitgliedern die Arbeitsordnung am 10. November vorgelegt, und am 15. November wurden dieselben zur Berathung auf die Inspektion bestellt. Die Ausschuß-Mitglieder stellten den Antrag um einen Ausstand von 14 Tagen. Der Bergrath als Vorsitzender gab dieses zu. In dieser Zeit hatten sich die Ausschüsse einen Abänderungs-Entwurf ausgearbeitet und der Inspektion zur Prüfung eingereicht. Hierauf wurde ihnen erwidert, daß kein Jota geändert wird, man solle nur streiken bis Mai und den Winter hindurch Schnee lecken, dann kommen sie wieder von selbst.

Die Ausschuß-Mitglieder der Inspektion 7.
(folgen Unterschriften.)

Und desgleichen geschah auf allen Inspektionen des Saarreviers. Daß die Beamten den Streik gefördert haben, dafür bringt die Petition folgende Belege:

Grube Reden, Inspektion 6.

In der Abtheilung des Steigers Allschbach hat der p. Allschbach am 29. Dezember bekannt gemacht, daß von der Tonne Kohlen 30 Pf. weniger bezahlt werde.

(Folgen Unterschriften der Bergleute.)

Desgleichen in der Abtheilung des Steigers Nau: pro Meter um 1 M., Kohlen pro Tonne um 30 Pf. reduzirt.

(Folgen Unterschriften.)

Desgleichen in der Abtheilung des Steigers Lardy: Das Meter um 1 M., Kohlen pro Tonne um 40 Pf.

(Folgen Unterschriften.)

Desgleichen in der Abtheilung des Steigers Hoos: Von der Tonne Kohlen 40 Pf.

Also an demselben Tage, an welchem auf einzelnen Gruben bereits gestreikt wurde, hat man ganz ungenirt auf den Gruben, wo noch gearbeitet wurde, das Gedinge reduzirt und dadurch die Bergleute gereizt, daß sie am anderen Tage vollzählig in den Streik eintraten.

Dasselbe geschah auf Grube Gerhard.

Es wird ferner nachgewiesen, daß die Bergarbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts verhindert wurden. „So sind die Vertrauensmänner vom Rechtsschutzverein aufgefordert worden, sie sollen ihre Mandate niederlegen oder man würde ihnen die Arbeit kündigen und soweit die Vertrauensmänner, welche durch den Streik schon außer Arbeit sind, ihre Mandate nicht ablegen, sagt man denselben, daß sie nie wieder auf den fiskalischen Gruben angelegt werden. Auf Grube Altenwald sind sämmtliche Bergarbeiter, welche dem Rechtsschutzverein angehören und „Schlägel und Eisen" lesen, aufgeschrieben worden. Man geht sogar soweit, daß man den Vorstandsmitgliedern der Konsumvereine sagt, sie müßten ihre Aemter niederlegen. Der Herr Minister hat als Oberpräsident den Delegirten 1889 gesagt, daß die Bergbehörde kein Recht dazu hätte, die Bergleute zu beeinflussen, daß dieselben aus dem Rechtsschutzverein austreten. Trotzdem wird es seitdem von den Beamten gethan." „Nach dem Streik", heißt es in der Petition, „treibt man es ruhig weiter wie vor dem Streik und noch schlimmer. Nach der neuen Bergarbeiter-Ordnung soll der Bergmann für den Schaden, der durch seine Schuld entsteht, haften. In Grube Sulzbach sind nun ein Theil der Arbeiten während dem Streik zu Bruch gegangen. Wie man hört, soll der Obersteiger zu den Arbeitern gesagt haben, daß diese Arbeiten umsonst wieder herzustellen seien, also bereits 14 Tage umsonst arbeiten. Es war, als die Bergleute in den Streik getreten sind, weder die Arbeitsordnung noch das neue Berggesetz in Kraft, trotzdem hat man die Arbeiter danach behandelt. So wurde auf Grube Kreuzgräben den Arbeitern für Kontraktbruch eine Strafe von 6 M. abgezogen. In der Regel wird dem Bergmann die Strafe erst dann in Abzug gebracht, von dem Lohn in dem Monat, in welchem die Strafe verwirkt ist, nicht wie hier geschehen, im voraus." Was wird der Minister der Sozialreform von oben, Herr von Berlepsch, was werden die Parlamentsmehrheiten zu diesem schlichten Gesuche der Bergarbeiter sagen? Was wird geschehen? Welche Frage! Wir leben im Zeitalter der „Autorität", wir leben in der Periode des Knappentrutzes. Unterdrückung, Maßregelung, Fürsorge für die Grubenbarone, die nicht erschreckt werden dürfen durch vergleichsweise bessere Zustände in den Staatsgruben. Ordre pariren, das ist die Losung.

---

alles, soweit es in ihren Kräften stand, gesorgt, und alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, welche die umsichtigste Erwägung eingeben konnte. Von nun ab lag der Lauf der Dinge nicht mehr in ihrer Gewalt. Der Ausgang hing von hundert Zufälligkeiten ab, welchen sie bereit sein mußten, kühn und unerschrocken entgegen zu treten, die sie aber weder bestimmen, noch voraussehen konnten. Sina blickte auf die Uhr.

„Ich muß nach Hause gehen," sagte sie, sich erhebend.

„Adieu," sprach Andrej, ihr eilig beide Hände, die sie ihm entgegenstreckte, schüttelnd. Sie verabschiedeten sich in ihrer üblichen einfachen Weise, wie sie es jeden Tag zu thun pflegten. Sie konnten von jemand bewacht werden und vermieden instinktiv alles Ungewöhnliche in ihrem Betragen, aus Furcht, Argwohn zu erregen. Morgen stand zu viel auf dem Spiele, als daß sie auch nur die leiseste Vorsicht hätten unterlassen dürfen.

Am nächsten Morgen saß Wassilij von neun Uhr ab in Kutscherkleidung vor dem Wirthsthore und bewachte erregt die Straßenecke. Um halb zehn Uhr bog Watajko's Wagen um die Ecke und fuhr ohne anzuhalten am Wirthshause vorbei. In der Hand hielt er ein weißes Taschentuch — das Signal. Er schwenkte es sogar leicht in der Luft, um seinem Auftrage Nachdruck zu geben. Dies war ganz überflüssig; aber Watajko war erregt und zu jung, um der übertriebenen Nüchternheit, wie sie ein alter Verschwörer in solchem Falle beibehalten hätte, Werth beizulegen.

Wassilij eilte hinauf, um Andrej zu benachrichtigen, traf ihn aber schon auf der Treppe. Er hatte vom Fenster aus das Signal gesehen und stieg jetzt, für das große Werk vollkommen ausgerüstet, mit ernster Miene in den Hof hinab.

Sein Pferd war bereits gesattelt und fraß vor der Krippe. Er schob ihm das Gebiß in's Maul und befestigte den Sattelgurt. Wassilij hatte inzwischen den Wagen vor das Thor gebracht und fuhr, den Bock besteigend, schnell davon. Mit einem Satz sprang Andrej in den Sattel und folgte dicht hinter dem Wagen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Aus dem Reichstage. Vor Eintritt in die Tagesordnung versuchte Herr Ahlwardt heute den Eindruck zu verwischen, den die Erklärungen vom Bundesrathstisch aus gegen seine letzten Judenflinten-Angaben gemacht haben. Der Rektor aller Deutschen stellte in Aussicht, gelegentlich der dritten Lesung des Etats auf die Sache zurück zu kommen. Der Abgeordnete Hermes, begleitete diese Ankündigung mit dem Zwischenruf: „Das wird ein welterschütterndes Ereigniß!" was stürmische Heiterkeit hervorrief.

Der Etat über Zölle 2c. gab diversen Rednern Anlaß ihre kleinen Schmerzen vorzubringen. Ein Antrag Scipio-Goldschmidt,

„eine Behörde oder Stelle zu bezeichnen oder einzusetzen, welche auf Verlangen Auskunft zu geben hat über die Zolltarifsätze, zu welchen bestimmte Waaren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiete zugelassen werden"

wurde gegen die Stimmen der Rechten und einen Theil des Zentrums angenommen. — Die lang angekündigte Währungsdebatte beim Etat des Reichs-Schatzamtes eröffnete der Abgeordnete Merbach. Derselbe ist Vertreter des Wahlkreises Freiburg in Sachsen und Bergrath bei den dortigen Silbergruben, deren Betrieb seit Jahren nur mehr durch Staatszuschüsse aufrecht erhalten werden kann. Nach Merbach, dessen Rede Bamberger später damit treffend charakterisirte, daß er in seiner beißenden Weise meinte, er wolle Herrn Merbach die Freude an seiner Rede durch keine Kritik verderben, ergriff Graf Mirbach das Wort. Zur Kennzeichnung der Bestrebungen der Doppelwährungsmänner seien zwei Aeußerungen dieses Herrn angeführt. Derselbe plädirte für die Wiederzulassung des Silbers, weil damit eine Erleichterung der auf dem Grundbesitz lastenden Schuldenlast bis zu 25 pCt. verknüpft sein würde und weil anderseits dieser Preissteigerung des landwirthschaftlichen Besitzes und der Produkte gegenüber die Arbeitslöhne nur langsam nachfolgen würden. Mit der ganzen, nur den Junkern eigenen Unverschämtheit, verlangte dieser Herr also eine ergiebige Prellerei der Gläubiger und eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter. Die Behauptung, daß die Juden vor allem die Repräsentanten des beweglichen Besitzes seien und daß es ihm deshalb kein Zufall erscheine, daß der Abgeordnete Bamberger der Vorkämpfer der Goldwährung sei, trug dem ostpreußischen Ochsengrafen eine Abfertigung durch Bamberger ein, wie wir sie eleganter und vernichtender sobald nicht gehört haben. Daß auch Kardorff und Dr. Frege bei der Gelegenheit ihr Sprüchlein aufsagten, versteht sich am Rande. Was sie sagten, wissen wir nicht, ist auch gleichgiltig. Eine Ansicht, welche die Mehrzahl der Volksvertreter theilte, die mit uns den Saal verließen, als Herr Frege seine widerlich schnarrenden Töne anschlug. —

Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt, die Wahl des Abgeordneten Freiherrn v. Stumm-Halberg im sechsten Wahlkreise des Regierungsbezirks Trier für giltig zu erklären. Dies geschieht trotzdem Wahlfälschungen eidlich festgestellt wurden und amtliche Wahlbeeinflussung nachgewiesen worden ist. Die Wahl Stumm's, des Königs von Neunkirchen, wenn irgend eine, ist ein Angstprodukt. Despot Stumm befiehlt, die Hörigen gehorchen. —

Das Abgeordnetenhaus hat heute in zweiter Berathung das Wahlgesetz angenommen und wird Donnerstag dasselbe in dritter Lesung thun. —

Der deutsch-russische Handelsvertrag. In der „Freisinnigen Zeitung" liest man: „Der deutsch-russische Handelsvertrag gilt in parlamentarischen Kreisen als gescheitert, und zwar infolge der Haltung, welche das preußische Staatsministerium im Gegensatz zu dem Reichskanzler eingenommen hat. In Uebereinstimmung mit Herrn Miquel hat der Handelsminister v. Berlepsch ein ellenlanges Register von Gegenforderungen an Rußland aufgestellt, wie es die heißblütigsten Agrarier länger nicht hätten wünschen können, um ihren Zweck zu erreichen. Graf Caprivi aber hat dem preußischen Staatsministerium nachgegeben." Bestätigt sich diese Nachricht, so zeigte sich wieder einmal, daß die ostelbischen Junker Herren im Staate sind, und daß die Radauversammlungen auf Tivoli die Gründung der Raubritter-Gewerkschaft, die Husarenritte der konservativen Heckenreiter im Reichstag und Landtag die Regierung in die Flucht geschlagen haben. Die breite Masse der Bevölkerung heischt den Vertrag, der ihr den russischen Roggen, auf den sie angewiesen ist, zu demselben Zollsatz, wie das österreichische Brotkorn liefern sollte, die Volksernährung bedarf der russischen Zufuhr. Thut nichts, die Gewinnsucht des Großgrundbesitzes trägt den Sieg davon über die Forderungen des gemeinen Nutzens. Preußisch-Deutschland ist eine Domäne der Schlot- und Krautjunker, die Proletarier die Hofgänger, die ihnen frohnen, und die Regierung ist die Organisation der Junkerschaft. So enthüllt sich das soziale Königthum als eine Luftspiegelung auch für den Kurzsichtigsten. Herr v. Berlepsch, der Minister für Sozialpolitik, trägt nicht nur die Treue im Herzen zu Grubenrittern und Hüttenbesitzern, auch die Granden der Uckermark können sich dieses Schildknappen freuen, der mit sichtbarem Stolz und stolzer Sichtbarkeit ihr Wappen trägt. —

Die Militärvorlage in der — Kochschule, das ist, schreibt die „Frankfurter Zeitung", doch vielleicht bisher noch nicht dagewesen, trotz 1887. Wie die nationalliberale „Badische Landeszeitung" berichtet, hielt kürzlich in Gochsheim der unter der Leitung von Frl. Federle stehende Kochkursus das übliche Schlußessen unter außerordentlich zahlreicher Betheiligung von auswärts und hier ab. Natürlich wurde dieses Mahl nach allen Regeln der Kochkunst durch treffliche Reden gewürzt. Salz und Pfeffer lieferte der Herr Oberamtmann Dr. Groos von Bretten. Er „verbreitete sich", wie das genannte nationalliberale Organ mittheilt, in seiner Ansprache über die Militärvorlage, „die Unterstützung derselben warm empfehlend, womit er allerseits Anklang fand. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser und Reich." Die „Kochkursistinnen von Gochsheim" sind also für die Militärvorlage; hoffentlich versäumt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" nicht, sie ihrem Album patriotischer Zeitgenossen neben dem „65jährigen Katholiken" und dem „gedienten Wachtmeister" einzureihen, damit die Nachwelt wisse, daß die Löffelheldinnen von Gochsheim keine Schuld trifft, wenn der Militärverwaltung die Suppe diesmal versalzen wird. —

Den patriotischen Hampelmännern, die jetzt in allen Ecken Deutschlands, wo sie vorhanden sind, Winkelversammlungen für die Militärvorlage abhalten, machen wir folgenden Vorschlag zur Güte: sie sollen in ihren Konventikeln eine Subskriptionsliste auflegen, in welcher jeder der Herren — „schwer" sind sie ja alle — sich solidarisch mit seinen Genossen zur Zahlung der Kosten der Militärvorlage verpflichtet. Und da es vermuthlich auch an Mannschaften fehlen wird, so wäre noch zu empfehlen, daß die betreffenden Herren sich auch je zur Lieferung einer entsprechenden Zahl von Rekruten — etwa aus Kamerun und Umgegend — verpflichteten. Die Zeit wird ja ohnehin bald kommen, wo die Menschen bei uns so „helle" sind, daß nur noch aus dem dunklen Welttheile Soldaten zu bekommen sein werden. —

Das geheime Verfahren des Militär-Strafprozesses findet in der „Kreuz-Zeitung" eine glühende Vertheidigerin. Da die Brutalität eine geschichtliche Einrichtung der ostelbischen Kamaschenritter ist, bleibt das Junkerblatt nur der Tradition, die ja nach konservativer Auffassung von hohem Werthe ist, auch in diesem Betracht getreu. Man liest in der „Kreuz-Zeitung": „Wenn schon im bürgerlichen Gerichtsverfahren die Oeffentlichkeit, welche dem im Zuschauerraum anwesenden professionirten Verbrecherpersonal für seine Fortbildung reiches Material gewährt, einen sehr fragwürdigen Werth hat, so muß ein öffentliches Militär-Gerichtsverfahren um so bedenklicher erscheinen. Die Justitia (Göttin der Gerechtigkeit) trägt sinnbildlich schon bei den ältesten Völkern eine Binde über den Augen. Die Oeffentlichkeit reißt sie ihr ab; sie stellt die richterliche Entscheidung unter den Druck der sogenannten öffentlichen Meinung; sie gefährdet die Achtung vor dem Vorgesetzten; sie ermuntert den Untergebenen zur Auflehnung und lähmt die Energie des Vorgesetzten, welcher vor boshaften oder leichtfertigen Entstellungen und ehrverletzenden Insulten durch zügellose Plaidoyers der öffentlichen Sitzungen nicht ausreichend zu schützen ist!" Für die Rechtspflege im Junkerstile sind der Stock, der Lattenarrest und der Galgen im abgekürzten Verfahren das begehrenswerthe Ziel. Wie nun, wenn die „Edelsten und Besten" einmal vor ein Kriegsgericht kämen, das in ihrem Sinne gebildet wäre? —

Die Agrarier in Dresden. In Dresden hat am 12. März der Agrarier-Klüngel ein erbauliches Konventikel abgehalten, allwo schutzzöllnerisch-militaristisch-antisemitische Pauken gehalten worden sind, daß die Helden von Tivoli ihre Freude daran haben dürften. Junker Manteuffel und Graf Mirbach-Sorquitten schlugen die Lärmtrommel für Brotvertheuerung, für Doppelwährung und sonstige Volksausplünderung, der v. Plötz redete eine Rede über die Judenfrage, das helle Licht der sächsischen Konservativen, Naseweis Mehnert, des würdigen Schwiegervaters, Wechselprotestanten und Hofraths Ackermann würdiger Schwiegersohn, gab seine Weisheit zum Besten, kurz, es war ein Tag der Blechschmiede und Raubritter, wie geschaffen, den Sachsen zu zeigen, weß sie sich von diesen Herren zu versehen haben. Sie sind jetzt sehr wagelustig und großmäulig, und ließen es an kecken Drohungen gegen die Regierung nicht fehlen. Früher ritten die Köckeritze, Lüderitze, Itzenplitze, die Bredow und andere Stegreifritter, die „vor den Hohenzollern in der Mark saßen" auf den Hinterhalt, um einem unbequemen Markgrafen Raison beizubringen, oder sie schrieben ihr: „Jochimken, Jochimken hüte Di, wenn wir Dich fahen, hangen wir Di" an die Kammerthür im Kurfürstenschlosse, heute — agitiren sie auf Tivoli. Ihren Zweck erreichen sie aber im 19. Jahrhundert so gut wie vor dreihundert Jahren. —

Herr Schlesier, der Tilsiter Postdirektor, wirkt nicht blos als Agitator für die Militärvorlage und kolportirt packetweise offiziöse Druckschriften, er wirkt auch auf anderem Gebiete als Vorkämpfer für Loyalität und Stephanstreue. In der „Zeitschrift des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten" vom 1. November 1892 liest man:

„Durch die Unvorsichtigkeit eines Vertrauensmannes ist ein Exemplar des Rundschreibens (eines Zirkulars des Postassisten-Verbandes behufs Erhöhung des Vereinsvermögens) nebst Liste in die Hände eines Vorgesetzten gelangt (es war im Zuschreibebuch für Nachnahmesendungen liegen gelassen worden), der diese Privatsache zur dienstlichen machte und weiter meldete. Von dem Rundschreiben sind dann Abschriften genommen und mit Bericht der höheren Instanz übermittelt worden, von wo das Aktenstück richtig nach Berlin wanderte. Zwei Postgehilfen, die sich mit je 20 Pf. eingetragen hatten, zogen auf vorherige „Ermahnung" ihren Beitrag zurück. Der Hauptmissethäter aber wurde unter Einwendungen, daß nun ein Wechsel und dann ein großer Krach kommen würde, auf das Gefährliche seines Thuns aufmerksam gemacht und ihm angerathen, schleunigst das sinkende Schiff zu verlassen, was alles gottlob auf den unerschrockenen Verbandsbruder nicht überzeugend wirken wollte. Natürlich blieb die Versetzung aus dienstlichen Gründen nicht aus, sie kam bereits nach sechs Tagen. Und wo hat sich das zugetragen, wird jeder fragen? Wir brauchen kein Geheimniß daraus zu machen, der Ort ist Tilsit, der Direktor heißt Schlesier, der Kassirer Weiß, der Verbändler ist unser Freund Preuß (angestellt), die neue Beschäftigungsstation des letzteren ist Sensburg. — Bald nach diesen Begebenheiten haben hohe Vorgesetzte in anderen Bezirken sich mit Verbändlern über unsern Brief vom 30. September, die 15 000 M. und den nun folgenden unvermeidlichen Krach eingehend unterhalten."

Herr Schlesier kolportirt nicht blos offiziöse Reklame-Makulatur, er pflegt auch das Briefgeheimniß mit brünstiger

Liebe und benutzt Privatbriefe zu amtlichen Zwecken. Doch hier wandelt der loyale Direktor in seines Meisters Bahnen. Hat nicht Stephan den ihm durch einen eigenartigen „Zufall“ jüngst „in die Hände gefallenen“ Brief eines Postassistenten im Reichstage zu einer donnernden Rede gegen den Assistenverein benützt? —

Für die vom Reichs-Versicherungsamt einberufene Konferenz der Vertreter der Landes-Versicherungsämter und der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten, die am 27. März zusammentreten wird, ist folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Welche Vereinbarungen oder Maßnahmen sind zu treffen, um in allen Fällen ein sachgemäßes ärztliches Zeugniß über die Erwerbsfähigkeit eines Invalidenrenten-Bewerbers mit möglichst geringen Kosten zu erhalten? 2. In welchem Umfange dürfen die Versicherungsanstalten gemäß § 12, Absatz 1, des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes das Heilverfahren für einen erkrankten Versicherten übernehmen? 3. Empfiehlt es sich, allgemeine Anordnungen herbeizuführen, welche eine Gewähr dafür bieten, daß die Versicherungsanstalten von allen das Versicherungsverhältniß oder den Rentenbezug berührenden Thatsachen (Tod eines Versicherten, Tod, Inhaftirung, Auswanderung eines Rentenempfängers oder sonstige Thatumstände, welche das Ruhen der Rente gemäß § 34 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes herbeiführen) rechtzeitig Kenntniß erhalten? 4. Ist das normal verlaufende Wochenbett als Krankheit im Sinne des § 17, Absatz 2, des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes anzusehen? 5. Besprechung der bisher von den Versicherungsanstalten zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen getroffenen Maßregeln. 6. Ist es wünschenswerth, bezüglich der von den Versicherungsanstalten vorzunehmenden Entwerthung von Beitragsmarken ein einheitliches Verfahren einzuführen? 7. Empfiehlt sich zur Vermeidung von Nachwahlen die Aufnahme einer statutarischen Vorschrift, welche beim Ausscheiden eines oder mehrerer Vertreter der Arbeitgeber oder der Versicherten im Ausschusse nebst deren Ersatzmännern das Stimmverhältniß etwa durch jedesmalige Ausloosung einer entsprechenden Anzahl von Vertretern der anderen Kategorie regelt? 8. Behandlung der gefundenen Quittungskarten, deren Inhaber nicht sogleich zu ermitteln sind. 9. Theilen die Schiedsgerichte von Amts wegen oder auf entsprechende allgemeine oder für den einzelnen Fall gestellte Anträge der Versicherungsanstalt (Berufsgenossenschaft) das Ergebniß einer im schiedsgerichtlichen Verfahren veranlaßten Beweisaufnahme vor der Urtheilsfällung mit? Besteht in dieser Beziehung ein Bedürfniß zu weiteren über den Rahmen des an die Berufsgenossenschaften gerichteten Rundschreibens vom 15. Juni 1887 hinausgehenden Maßnahmen? 10. Besprechung der mit dem sogenannten Einzugsverfahren gemachten Erfahrungen. 11. Durchführung der Beitragsleistung bei Versicherten, die gleichzeitig in einem dauernden Arbeitsverhältniß zu mehreren Arbeitgebern stehen. —

Der Hamburger Geldsackklüngel, der dem Auerhahnschützen, Reimschmied und Postgewaltigen Stephan ein Pflaster auf die brennende Wunde gelegt hat, wird in dem Pindterblatte gebührend anerkannt. Die „Norddeutsche“ druckt die famose Adresse ab. Unterzeichnet haben die denkwürdige Urkunde u. a. die „Norddeutsche Bank“, die „Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft“, die „Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft“, die „Afrikanische Dampfschifffahrts-Aktiengesellschaft Woermann-Linie“, die „Deutsche Ost-Afrika-Linie“, die „Vereinsbank“. Welcher Post-Unterbeamte wird gegen solche Notabeln zu mucksen wagen? —

Freiheit in Elsaß-Lothringen. Mülhausens Kreisverwaltung hat eine neue Entdeckung gemacht. Wiederholt haben im Kreise Mülhausen Volksversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: „Die wirthschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie“. Diese Versammlungen wurden stets als nichtpolitisch betrachtet und begnügte man sich damit, gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 6./10. Juni 1868 diese Versammlungen in der vorgeschriebenen peinlichen Form anzumelden, womit die Verwaltungsbehörde sich dadurch einverstanden erklärte, daß sie die in dem Artikel 2 des genannten Gesetzes für nichtpolitische Versammlungen vorgeschriebene Empfangsbestätigung der Anmeldung ertheilte und die Versammlung abhalten ließ. Jetzt soll das plötzlich anders werden. Auf die in gehöriger Form und Frist erstattete Anzeige einer Versammlung in Riedisheim mit obigem Thema ging den Einberufern folgendes Schreiben zu:

Mülhausen, den 10. März 1893.

Die am 8. d. Mts. hier eingegangene Anzeige einer für den 13. d. Mts. beabsichtigten Volksversammlung entspricht nicht der Vorschrift des Artikel 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 6. Juni 1868, weil ausweislich der vorgelegten Tagesordnung die wirthschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie, also einer politischen Partei, besprochen werden sollen und sonach die Behandlung eines politischen Gegenstandes in der Versammlung beabsichtigt wird.

Ich bin daher nicht in der Lage, eine Empfangsbescheinigung zu ertheilen und stelle ergebenst anheim, den Mitunterzeichnern der Eingabe gefälligst hiervon Kenntniß geben zu wollen.

Der Kreisdirektor,
Sommer.

Also weil der nichtpolitische (wirthschaftliche) Theil des Programms einer politischen Partei besprochen werden soll, bemerkt die „Elsaß-Lothringische Volks-Zeitung“, wird eine politische Besprechung beabsichtigt! Möchte man da nicht aus der Haut fahren? Das ist eine neue Logik, für welche wir die hiesige Kreisdirektion im Hinblick auf ihre bisherige Haltung nicht verantwortlich machen möchten. Es dürfte hier einer der bekannten „Winke von oben“ vorliegen. In der That wäre es auch nicht schmeichelhaft für die Mülhauser Kreisdirektion, wollte man annehmen, daß sie zwei Jahre brauchte, um zu der oben dokumentirten Erkenntniß zu gelangen, der Erkenntniß nämlich, daß das Thema: „Die wirthschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie“, ein politisches ist! —

Die Behandlung politischer Gefangener. In der letzten Nummer des „Sozialpolitischen Zentralblattes“ veröffentlicht Georg Ledebour einen sehr lesenswerthen Artikel über die Mißstände des preußischen Gefängnißwesens, wie sie in erster Reihe den Vertretern der Opposition, vor allen also der Sozialdemokratie auf das empfindlichste bemerklich werden. Ledebour faßt seine Forderungen wie folgt zusammen: „Für politische Gefangene läßt sich ohne besondere Schwierigkeit ein Anspruch auf folgende Rechte gesetzlich festsetzen: 1. Einzelhaft; 2. eigene Kleidung; 3. Selbstbeschäftigung; 4. Selbstbeköstigung und 5. ausreichende Bewegung in freier Luft. Lassen sich nicht in allen Gefängnissen Deutschlands Einrichtungen treffen, welche die Durchführung solcher Bestimmungen ermöglichen, so kann man in einzelnen Gefängnissen Sondereinrichtungen für die Aufnahme politischer Gefangener reservirt halten. So lange die Staatsraison in Deutschland die Verfolgung und Einkerkerung von Menschen wegen unbequemer gegen die bestehende Staatsordnung gerichteter Meinungsäußerungen verlangt, soll sie wenigstens der Menschlichkeit das Zugeständniß machen, ihre Opfer nicht außer der Freiheit auch noch der Gesundheit zu berauben. So viel ist doch mindestens ein Staat, der auf den Namen eines Kulturstaates Anspruch erhebt, sich selbst und seinen Angehörigen schuldig.“ Die lex Heinze wird schon dafür sorgen, daß „gemeingefährliche“ Frevler, und „gemeingefährlich“ ist jede einschneidende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, bei Wasser und Brot sich auf dem Lattenroste wundliegen. —

Eine Gewerbekrankheit der Besitzenden. Es giebt keinen Nothstand, Herr von Bötticher hat Recht, wir hatten Unrecht, wenn wir das Gegentheil behaupteten. Und in Sack und Asche wollen wir Buße thun. Aber eine neue soziale Krankheit tritt drohend auf, bedenklicher als das Massenelend, gefährlicher als die Hungerkrankheiten, ein Leiden, gegen das der Hungertyphus des schlesischen Webers eine spaßhafte Grille, die Schleiferlunge eine Alfanzerei, die Schwindsucht der Bäcker eine Kleinigkeit ist. Höret, was in der fünfzehnten öffentlichen Versammlung der Balneologischen Gesellschaft, die kürzlich im Hörsaal des pharmakologischen Instituts der Berliner Universität getagt, Professor Dr. Fürbringer mitgetheilt hat. Er schilderte ein neues nervöses Magenleiden, die Magenschwäche. „Sie charakterisirt sich,“ heißt es in dem uns vorliegenden Bericht, „dadurch, daß die Kranken trotz des Bestehens des besten Appetits und des Fehlens von sonstigen Zeichen einer Verdauungsstörung stets kurze oder längere Zeit nach dem Essen Schmerzen in der Magengegend empfinden. Namentlich Zucker und süße Speise, fette und mehlhaltige Speisen, ferner Kaffee werden nicht vertragen, dagegen vorzüglich Fleisch und Eier, Wasser und Suppen. Die Ursache dieser Ueberempfindlichkeit der Magenschleimhaut scheint in einer sogenannten Idiosynkrasie, d. h. individueller Abneigung gegen gewisse Dinge zu liegen. Die Krankheit kommt fast nur in **besseren Kreisen** vor. Die Behandlung besteht in der Vermeidung von Diätfehlern und Kräftigung des Magens durch einen Klimawechsel, Aussetzung der gewohnten Thätigkeit, Darreichung von Rhabarber, Pepsin u. dergl., Bäderkuren in Tarasp, Kissingen, Wiesbaden. Oft hilft die psychische Einwirkung des Arztes. Das beste schmerzstillende Mittel ist das Wasser.“ Die Arbeiter, deren Lebenshaltung dank dem furchtbaren Drucke der heutigen Wirthschaftsweise durchaus kulturwidrig ist, werden von dieser Gewerbekrankheit der Bourgeoisie, die aus der Ueberfülle der Ernährung entspringt, mit Interesse hören und in Erkenntniß solch schwerer Heimsuchung der „besseren Kreise“ mit größerer Geduld sich in ihr eigenes Loos finden und beim sanften Genuß der Kartoffelknolle und des Pferdefleisches zum heiligen Rock der Spar-Agnes um so inbrünstiger beten. —

Schweiz. Die schweizerische Delegirtenversammlung für Bodenbesitz-Reform ernannte Bern zum Vorort und beschloß die Herausgabe eines Fachorgans. Curti-Zürich erhielt den Auftrag, im Nationalrath über die Monopolisirung der Wasserkräfte ein Bundesgesetz anzuregen. Professor Kozak-Basel, der als weiland Halberstädter Handelskammer-Sekretär den Sozialistentödter gespielt und deshalb beim schweizer Arbeitersekretariat Schiffbruch gelitten hat, forderte eine Erhebung über die Bodenverschuldung, namentlich der Kleinbauern. —

In Spanien scheint die Wahlbewegung der Anfang einer allgemeinen Volksbewegung gewesen zu sein. Aus allen Theilen des Landes meldet der sonst so schweigsame Telegraph Unruhen und drohende Kundgebungen. Und zwar sind es nicht blos die Republikaner, welche gegen die Regierung demonstriren, sondern auch die Karlisten (Legitimisten). Ob diese Demonstrationen sich zu einem förmlichen Aufstand verdichten, bleibt abzuwarten. Die sozialistischen Arbeiter sind bei diesen Kundgebungen nicht betheiligt — sie stehen im Gegentheil, wie aus dem neulichen Brief unseres spanischen Korrespondenten ersichtlich, mit den (Bourgeois-) Republikanern auf gespanntem Fuß. —

Das französische Ministerium hat wieder ein Vertrauensvotum nöthig gehabt und erhalten. Herr Bourgeois, der Ex-Justizminister, bleibt aber ein gestürzter Minister. Er ist nämlich durch eine Frau gestürzt worden — und in Frankreich sind die Frauen allmächtig. Die Sache ging so zu: Die Frau des verurtheilten Panama-Direktors Cottu hat als Zeugin im Panamaprozeß ausgesagt, daß ihr im Dezember vorigen Jahres durch den Chef der politischen Polizei, einen gewissen Soinoury, die Niederschlagung des Prozesses gegen ihren Mann versprochen worden sei, wenn sie einen konservativen Abgeordneten als Bestochenen angeben würde. Herr Soinoury leugnet alles, Herr Bourgeois erklärt, von der ganzen Sache nichts zu wissen, allein das Publikum glaubt der Frau Cottu, und Bourgeois ist Justizminister gewesen. —

Kaum war Vorstehendes geschrieben, so bringt der Telegraph eine neue Ueberraschung in diesem an Ueberraschungen so reichen Panama-Schmutztrauerspiel: es sind Aussagen gemacht worden, welche die Erzählung der Frau Cottu als ein verabredetes Märchen und als die Frucht einer politischen Intrigue hinstellen. Wir halten mit unserem Urtheil zurück. — Zu erwähnen ist noch, daß der Hauptanstifter des Skandals, Herr Constans, vom Gericht als Zeuge geladen worden ist, aber nicht erscheinen will. —

Der schwedische Volksreichstag. Aus Stockholm meldet unterm 13. März Wolff's Telegraphisches Bureau: Der Volksreichstag, welchen die Liberalen und Sozialisten zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts organisirten, ist heute zu der ersten Sitzung zusammengetreten. An derselben nahmen 128 Delegirte theil, darunter 29 Sozialisten. Bei der Wahl des Bureaus siegte die nicht sozialistische Kandidatenliste mit einer Mehrheit von 4 Stimmen. —

Herr Gladstone ist krank, und er hat die zweite Lesung seiner Homerulebill nach Ostern verschieben müssen. Die Opposition hat damit erreicht, was sie wollte, und das Ministerium hat eine Schlacht verloren. Ob Gladstone's Krankheit ernsthaft ist, weiß man noch nicht — wenn man etliche achtzig Jahre alt ist, giebt's keine unbedenklichen Krankheiten mehr. Sehr krank ist aber unzweifelhaft die ministerielle Majorität, die sich dem Ansturm der geschlossenen Opposition nicht gewachsen zeigt, und die überdies so unsichere Kantonisten enthält, daß bei den letzten Kraftproben im Unterhaus anläßlich der Tagesordnung verschiedene Mitglieder gegen die Regierung stimmten, während andere durch Abwesenheit glänzten. Das sind schlechte Aussichten für die Gladstone'sche Homerule. —

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Lorsch (Referent Reichstags-Abgeordneter Jöst-Mainz), Groß-Zimmern (Referent Reichstags-Abgeordneter Ulrich-Offenbach), Cuxhaven (Ref. Reichstags-Abgeordneter Metzger-Hamburg).

* * *

Reichstags-Kandidatur. In einer gut besuchten Volksversammlung in Bredow, in welcher Genosse Alwin Körsten aus Berlin über die Zukunftsstaats-Debatte im Reichstage referirt hatte, wurde dieser für die nächste Reichstagswahl im Kreise Randow-Greifenhagen einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt.

* * *

Aus Tilsit schreibt man uns: Die hiesigen Trabanten Eugen Richter's hatten im November vorigen Jahres, als gerade der freisinnige Reise-Apostel Dr. Fränkel aus Weimar in unserer Gegend weilte, den Entschluß gefaßt, einen großen „strengliberalen“ Verein für die Provinzen Ost- und Westpreußen zu gründen. Es wurden an bekannte Gleichgesinnte in den verschiedenen Orten Zirkulare versandt, worin ihnen der Zweck der Gründung bekannt gemacht war. Selbstverständlich mußten darin neben der immer frecher ihr Haupt erhebenden Reaktion die bösen Sozialdemokraten herhalten, die mit ihren Irrlehren nur Unzufriedenheit in die Bevölkerung trügen. Mit dem Zirkular erhielten die Empfänger zugleich einen Verpflichtungsschein, nach welchem sie gehalten waren, je am 1. Januar der 5 Jahre 1893—1897 einen Beitrag entweder an den hiesigen freisinnigen Wahlvereins-Vorstand oder an einen Gutsbesitzer in Sprindt bei Insterburg einzuzahlen. Als Mindestbeitrag waren 10 M. pro Jahr in Aussicht genommen. Der Reise-Apostel Dr. Fränkel sollte als Vereinssekretär angestellt werden und die Provinzen als Agitator bereisen. 60 Versammlungen waren pro Jahr in Anschlag gebracht, in denen der Herr Vereinssekretär öffentlich auftreten sollte. Da aber bis jetzt über den Erfolg des Zirkulars kein Sterbenswörtchen verlautet, kann man wohl annehmen, daß sehr wenige der angehauchten Parteigenossen auf den Leim gegangen sind. Der Vorsitzende der Generalkommission, C. Legien aus Hamburg, weilte am 21. und 22. vorigen Monats hier, um in einer öffentlichen Arbeiterversammlung einen Vortrag über die gegenwärtige gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu halten. Obwohl nun mit der Besitzerin des Restaurants Julienhof schon einige Tage vorher die Hergabe des Saales vereinbart worden war, zog diese am Abend vor dem Versammlungstage ihre Zusage zurück. Warum? Weil sie vom Militär leben muß!! Ein anderes Lokal war trotz eifriger Bemühungen nicht aufzutreiben und das eine Lokal, das uns zur Verfügung stand, wurde von der wohllöblichen Polizei als ungeeignet bezeichnet und so durfte die Versammlung auch dort nicht stattfinden.

* * *

Sozialdemokratische Presse. Unter dem Titel: „Reußische Volks-Zeitung“ geben die Parteigenossen im Reichstags-Wahlkreise Reuß ältere Linie vom 1. April ab ein wöchentlich dreimal erscheinendes Blatt heraus, das in Zwickau gedruckt wird.

* * *

Todtenliste der Partei. In Eichwald (Oesterreich) ist am 17. Februar der Genosse Bodermajer gestorben; in Bodenbach der Genosse Karl Arlt; in Halle a. S. der Schuhmacher Karl Ebert; in Bonn der Genosse Joh. Steinhauer.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— In Magdeburg ist der Genosse Wilhelm Weidner, der seinerzeit während der Verhandlung gegen Mathies im Gerichtssaal verhaftet wurde, am Sonnabend ohne weiteres auf freien Fuß gesetzt worden.

— In den Lokalitäten der Genossenschafts-Buchdruckerei in Halle a. S. suchte die Polizei erfolglos nach Exemplaren des von G. Westerburg verlegten Flugblatts „An die Bevölkerung des Saalkreises“, das in 20 000 Exemplaren vertheilt worden war.

— Daß die Polizei die Maul- und Klauenseuche des Rindviehs als Grund benutzt, um eine mißliebige Versammlung verbieten zu können, wird selbst unterm „alten Kurse“ nicht oft vorgekommen sein. Am 12. März sollte in Heitgraben bei Uetersen Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr über die Militärvorlage und die neue Landgemeinde-Ordnung sprechen; der Amtsvorsteher Piening in Langelohe verbot jedoch die Versammlung mittels eines Schreibens, das hier buchstäblich wiedergegeben sei: „Auf die anzeige vom 4. März d. J. betreffend eine öffentliche Versammlung bei den Herrn Gastwirth W. Hoffmann in Heidgraben und nach den Bekanntmachungen für Heidgraben Esingen und Ahrenlohe ist zu erwägen ob die für Esingen und Ahrenlohe erlassene verbot vom 2. März d. J. Abs. 5 wonach größere versammlungen verboten sind, für die anliegenden Dörfer in Betracht kommen, es ist daß Lokal des Hoffmann aber so nahe an den Verseuchten Gehöften, daß es als selbstverständlich zu betrachten ist das eine übertragung den Seuche sehr nahe liegt, es wird auf Grund dieser annahme daher die erwähnte Versammlung verboten.“ Es verbietet sich natürlich, auf einen preußischen Amtsvorsteher eine Satire zu schreiben, aber in diesem Falle fällt das wirklich außergewöhnlich schwer.

— Das Reichsgericht hat am 13. März die Revision zweier Redakteure der „Magdeburger Volksstimme“, welche wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Maizier am 2. Dezember 1892 zu 200 M. bezw. einem Monat Gefängniß verurtheilt waren, verworfen. Ebenso verwarf in derselben Sitzung das Reichsgericht die Revision des Redakteurs des „Volksblatts für Halle“, der vom dortigen Landgericht am 12. Januar zu einem Monat Gefängniß wegen Beleidigung der Mannschaften des Füsilier-Regiments in der Kaserne an der Reilstraße verurtheilt worden war.

— Wegen Beleidigung des Fabrikdirektors Konrad Hämig in Pfersee war der Redakteur der Augsburger „Volkszeitung“, Genosse Karl Breder, zu 20 M. Geldstrafe und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt worden. Er legte dagegen Berufung ein. Vorm Landgericht kam zwischen beiden Parteien ein Vergleich zu stande, inhalts dessen Breder die Erklärung abgiebt, daß er Herrn Hämig nicht habe beleidigen wollen, während letzterer den Strafantrag zurückzog und sich zur Tragung der ihm selbst erwachsenen Kosten verpflichtete. Andererseits trägt auch Breder die ihm erwachsenen Kosten selbst.

— Der Redakteur der „Fränk. Tagespost“, Genosse Martin Segitz in Nürnberg, der wegen Beleidigung eines Gendarmen angeklagt war, wurde vom Schwurgericht freigesprochen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 15. März.

Opernhaus. Mignon.
Schauspielhaus. Vasantasena.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Julius Cäsar.
Lessing-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Die Rosa-Dominos.
Kroll's Theater. Der Barbier von Sevilla.
Residenz-Theater. Die beiden Champignol.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Durch die Intendanz. Die Lore.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Fledermaus.
Adolph Ernst-Theater. Berlin wie es weint und lacht.
Thomas-Theater. Ihr Korporal.
National-Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen, oder: Hero und Leander.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfektionense.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Heute, Mittwoch:

Berlin, wie es weint und lacht.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten von F. Berg u. D. Kalisch. Musik von A. Konradi. In Szene gesetzt von Adolf Ernst. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!

Der Dussel

(Nulpus)

Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.

(Klemm-Ede . . Martin Bendix.)

Alfred Bender

in seinem neuesten Originalvortrag

Der Volksmund in Berlin.

Blank, der beste Bauchredner. Anhaltender Erfolg.

Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.

Neu!

Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.

Große Ausstellung

lebensgroßer Wachsfiguren u. Gruppen.

Neue Illusion: Lotosblume.

Andere Illusionen.

Fantoche-Theater.

Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Große Spezialitäten-Vorstellung.

Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Truppe Hugoston, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserkünstler.
The Matinos, Exentrics.
Geschw. Tacianu, Duettistinnen.
Heinr. Bender, Humorist.
Martha Ventura, Kostümsoubretten, sowie sämmtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Feen-Palast

Jeden Tag:

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Passepartouts u. Bons haben Giltigkeit.

Circus Renz.

(Karlstraße.)

Mittwoch, d. 15. März, Abends 7½ Uhr:

Gr. Extra-Vorstellung.

Ein Künstlerfest.

Große Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffecten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumencorso. Grosses Brillant-Feuerwerk.
Außerdem: **Mr. James Pillis** mit dem Schulpferde **Germinal. Elimar,** der Stickspringer, vorgef. von Frl. **Oceana Renz. Punsch,** schwed. Pony, kom. Origin.-Dress. v. Clown **Misko. Marietta u. Belloni** m. ihren dressirten Kakadus. Die gr. Tremplinsprünge, ausgef. v. sämmtl. Springern der Gesellschaft 2c.
Morgen, Donnerstag, Abends 7½ Uhr: **Ein Künstlerfest.**
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.

Fr. Renz, Direktor.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.

Täglich:

Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger

sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Kegelbahnen.

F. Sodtke.

Moritz-Platz. Etablissement Buggenhagen. Moritz-Platz.

Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. **Säle** für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Ww. Boll, Wienerstr. 1 empfiehlt ihr **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.**
Vereinszimmer u. **Winter-Kegelbahnen** sind noch frei. 3839L

NB. Meinen geehrten Gästen zur Nachricht, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes in unveränderter Weise fortführe.

Hiermit empfehle ich meine in **Friedrichshagen, Friedrichstr. 123,** neu errichtete

Weissbier-Brauerei nebst Ausschank

allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Berücksichtigung. Versandt in Gebinden und Flaschen jederzeit.
3807L* **August Kapell.**

Für Vereine!

Großes und kleines Vereinszimmer, extra Eingang, jeden Tag frei; passend für Zahlstellen und Arbeitsnachweis. Auch empfehle **Mittag- u. Abendtisch** bei soliden Preisen. Gute Weiße 20, gutes Glas Bier 10 Pf. 3802L*
Hermann Liewald, Manteuffelstr. 46, dicht an Oranienstr. bezw. Skalitzerstr.

Gardinen-Fabrik.

Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und crème. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knape aus **Eutzsch** in Sachsen.
Berlin N.,
Brunnenstraße 26, 1 Treppe.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren,

sowie **ganze Ausstattungen,** empfiehlt
H. Strelow, Rixdorf,
Berliner Strasse 40, am Denkmal.

Bettfedern,

dreifach gereinigte, neue, vorzüglich füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,10. **Halbdaunen,** silberhell, Pfd. 1,60. **Daunen** von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen zum größten Oberbett) Pfd. 2,75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack,** Oranienstr. 61, am Moritzplatz. [3775L*

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrsmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. [3710L*
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Unserem Sangesbruder **Oskar Nimpfel** zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichste Gratulation. Die Sangesbrüder des Flöter'schen Gesangvereins.

Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (E. H. 61).

Am Sonnabend, den 11. d. M. verstarb das Mitglied

Hermann Lendewig.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Halle des Neuen Zwölf-Apostel-Kirchhofes aus statt.
1817b **Der Vorstand.**

Hierdurch allen Bekannten u. Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Putzer 1814b

Wilhelm Wulf,

am 12. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachm. 3½ Uhr, v. d. Leichenhalle d. Elisabeth-Kirchhofes (Gesundbrunnen) statt.
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Restaurateur

Friedrich Dübel,

Forsterstraße 19, nach schwerem Leiden am 12. März im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 15. d. Mts., Nachm. 2 Uhr, vom Krankenhause Bethanien, Bethanien-Ufer, aus statt. 1793b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, dem Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins, sowie den Kollegen des C. V. der Maurer Süd-Ost u. sämmtlichen Stamm- und Vereinsgästen meines Lokals sage ich meinen tiefsten Dank für die rege Theilnahme am Grabe meines Mannes. 3888L
Wittwe **Boll** nebst Kindern.

Kranken- u. Begräbniß-Zuschuß-Kasse der Töpfer

und Berufsgenossen zu Berlin.
(E. H. Nr. 109.)

Kassen-Abende

finden jeden 2. Montag im Monat im Vereinslokal von 8—10 Uhr Abends, **Alte Schönhauserstr. 42,** statt. Daselbst werden neue Mitglieder aufgenommen. Nähere Auskunft ertheilt
Pehl, Vorsitzender, 327/3*
Eberswalderstraße 28, Hof 2 Tr.
Schneider, Schriftführer,
Reinickendorferstraße 2, 2 Tr.

Achtung! Kupferschmiede!

Große öffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins und Umgegend

Sonnabend, den 18. März d. J., Abends 9 Uhr, in Feind's Salon, Weinstr. 11.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn A. Borchardt: „Der 18. März." 2. Bericht und Neuwahl des Delegirten zur Streik-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1818b **Der Einberufer.**

Aufforderung.

Ich ersuche denjenigen, der am 21. v. M. den anonymen Brief an mich geschrieben hat, sich doch im Interesse unserer Partei bei mir zu melden. 3837L
Wilh. Gieshoit, Boyenstr. 40.

Elegante

Einsegnungs-Anzüge

in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen von **15 M.** an.
Julius Lindenbaum,
Berlin O., Frankfurterstr. 139.

Möbel-Magazin

R. Schmidt,
Veteranenstraße 15
auch **Theilzahlung.**
Stets gebrauchte Möbel auf Lager. Auch ist daselbst ein Pianino billig zu verkaufen. Kindermöbel, größte Auswahl.

G. M. Hartmann,

Berlin N., Pankstr. 45.

feinste Qualität **Werkzeuge, Eisenwaaren, Haus- u. Küchen-Geräthe, Lampen etc.**
zu billigen Preisen. 3832L*

Kinderwagen und Reisekörbe,
über **200 Stück,** Einzeln. bill. zu verk. in d. Korbwaarenfabr. **Invalidenstr. 105.**

Achtung! 4. Wahlkreis (Osten). Achtung!

Gedenkfeier des 18. März

am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Haase** (früher **Mohrmann**),
Große Frankfurterstraße 117,
und im **„Elysium"**, Landsberger Allee 39—41,
bestehend in einer

sozialdemokratischen Versammlung

und nachfolgendem

Concert

sowie **Vorträgen** ernsten Inhalts, unter gütiger Mitwirkung der Gesangvereine **„Felsenburg"** und **„Lorbeerkranz"** (Mitgl. des Arb.-Sängerbundes) und des **Zitherklubs „Gleichheit".**
Programms sind in allen bekannten Lokalen und bei den Vertrauenspersonen **Heinr. Baumgarten,** Posenerstr. 4, v. 3 Tr., und **Rob. Wengels,** Koppenstr. 41, zum Preise von 20 Pf. zu haben. 349/3*

Oeffentliche

Volks-Versammlung

des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises

Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in Brochnow's Salon, Sebastianstraße Nr. 39.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Köster:** Die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion. 347/4*
Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Die Vertrauensperson.**

Oeffentliche Volks-Versammlung

für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis

am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr,
im Saale des **Schweizer-Gartens,** am Friedrichshain.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das „tolle Jahr" 1848. Referent: **Genosse Dr. Pinn.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Maifest-Komitees. 351/1*
Die Vertrauensperson: Fr. Krüger, Hirtenstr. 10.

Achtung! Maurer! Achtung!

Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, Sebastianstraße 39:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Revisoren. 4. Gewerkschaftliches. 380/14
Jeder Maurer hat Zutritt. **Der Vorstand.**

Achtung! Oeffentliche Achtung!

Versammlung für Frauen und Männer

heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr,
in Hensel's Festsälen, Invalidenstrasse No. 1.

Vortrag über: Die Cholera in Hamburg.

Referent: Herr **Stüve**-Hamburg. Entree 10 Pf. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
NB. Die heutige, sowie die morgen, Donnerstag, Belfortersstr. 15, Freitag Thurmstr. 26, und Sonntag Badstr. 58 stattfindenden Versammlungen mit dem gleichen Thema sind ordnungsmäßig angemeldet worden.
1819b **Der Einberufer: W. Gaßmann.**

Achtung! Handlungsgehilfinnen! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

für die weiblichen Angestellten in den Geschäften Berlins

am Mittwoch, den 15. März, Abends 8½ Uhr,
im Saale des Etablissements **Buggenhagen** am **Moritzplatz.**

Tages-Ordnung:
1. Was müssen die Handlungsgehilfinnen thun, um den schweren Mißständen in ihrem Beruf entgegenzutreten? 2. Vorlegung einer Petition an den Reichstag, betreffs weiterer Ausdehnung der Sonntagsruhe, und der Fragebogen für eine Untersuchung über die wirthschaftliche Lage der Handlungsgehilfinnen. 3. Diskussion. 188/9
Kollegen als Gäste haben Zutritt. Zu zahlreichem Besuch fordert auf
Die Einberuferin.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 17. März 1893, Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Kollegen Wilke, Hochstraße Nr. 32a:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 162/9
1. Besprechung über den Flaschenbierhandel der Brauereien. 2. Besprechung über die obligatorische Einführung des „Gastwirthsgehilfen". 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es sehr erwünscht, daß die Kollegen pünktlich und zahlreich erscheinen. **Der Vorstand.**

Achtung! Former! Achtung!

Zur Feier des 30. Stiftungsfestes der Kranken- und Sterbe-Kasse des Vereins der Former

findet am **25. März** in den **Concordia-Festsälen,** Andreasstr. 64, ein

Grosser Wiener Masken-Ball

statt. Die Gesangvereine **„Liberté I"** und **„Tonblüthe"** (Mitgl. d. A.-S.-B.) haben ihre Mitwirkung zugesagt. Ferner findet eine **große Gratis-Verloosung** statt, wozu ein jeder Besucher beim Betreten des Lokals sein Loos zieht. Die Musik wird von Berufsmusikern ausgeführt. Alle Freunde und Kollegen sind zu diesem Fest höflichst eingeladen. 154*
Billets sind zu haben bei **Alb. Mewes,** Wrangelstraße 75; **M. Mäcker,** Weidenweg 6; **M. Olsen,** Admiralstraße 13; **H. Pfennig,** Wienerstraße 57a; **O. Grützmacher,** Tieckstraße 28a; **Scheller,** Chorinerstraße 56; **W. Thiele,** Britzerstraße 35; **Lecke,** Soldinerstr. 14; **Frentz,** Gartenstr. 56; **Schwiethal,** Eisenbahnstr. 5. **Der Vorstand.** J. A.: **Albert Mewes.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Der Unterricht in der doppelten Buchführung in der Südschule findet Mittwoch statt. 1812b

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2. Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 63. Mittwoch, den 15. März 1893. 10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 14. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Maltzahn, v. Marschall, Aschenborn.

Vor der Tagesordnung erklärt

Abg. **Ahlwardt** (Antisemit): Ich bin am Sonnabend in meiner Abwesenheit angegriffen worden. Es war gestern und heute keine Gelegenheit, darauf eine Antwort zu ertheilen. Ich werde daher bei der dritten Berathung des Etats bei einer passenden Gelegenheit, am besten wohl bei der Berathung des Militär-Etats, eine längere und gründliche Antwort geben. (Abg. Dr. Hermes-Jauer: Das wird ja ein welterschütterndes Ereigniß! [Große Heiterkeit.] Präsident v. Levetzow: Das ist eine ganz ungehörige Zwischenbemerkung, welche ich dem Abgeordneten Hermes hiermit verweise.)

Die Etatberathung wird fortgesetzt. Zur Debatte stehen die Einnahmen des Reichs aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Aversen. Zu Titel 1 liegt der Antrag der Abgg. Scipio und Goldschmidt vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Behörde oder Stelle zu bezeichnen oder einzusetzen, welche auf Verlangen Auskunft zu geben hat über die Zolltarifsätze, zu welchen bestimmte Waaren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiete zugelassen werden.

Abg. **Hug-Konstanz** (Z.) bittet die verbündeten Regierungen, auf eine Abänderung des schweizerischen Handelsvertrages in der Richtung zu wirken, daß Bruchtheile eines Kilogramms im Grenzverkehr nicht wie ein ganzes Kilogramm behandelt werden. Es werde durch die gegenwärtige Handhabung eine erhebliche Erschwerung des Grenzverkehrs verursacht, deren Beseitigung im beiderseitigen Interesse liege. Ferner befürwortet der Redner eine Berücksichtigung der Klagen der deutschen Ziegeleibesitzer, soweit sie den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag betreffen.

Auf eine Anfrage des Abg. **v. Standy** (k.) erklärt

Staatssekretär **von Maltzahn**, daß in nicht zu langer Zeit eine Entscheidung des Bundesrathes darüber ergehen werde, ob dem Inhaber einer Holzschneidemühle an der russischen Grenze, der sich wegen Zollfreiheit der Einfuhr des Rohmaterials aus Rußland petitionirend an den Reichstag gewendet habe, Zollfreiheit zu gewähren sei.

Geheimrath **Huber**: Die Bemühungen eines badischen Kommissars bei der Schweiz im Sinne der Anregung des Abg. Hug sind bisher erfolglos geblieben.

Abg. **Hug** (Z.): Es ist mir unter der Hand bekannt geworden, daß in der Schweiz schon ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wird, wonach Gegenstände bis zum Gewicht von ½ Kilogramm im Grenzverkehr zollfrei eingeführt werden dürfen. Ich bitte deshalb die Regierung, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, damit dem berechtigten Interesse der Grenzbewohner Rechnung getragen wird.

Abg. **Scipio** (ntl.): Unser Antrag bezweckt, den Regierungen anheim zu geben, eine fortlaufende Ergänzung des amtlichen Waarenverzeichnisses, wonach sich das Bedürfniß im Publikum fortdauernd geltend macht, zu veranlassen und den Interessenten zugänglich zu machen. Es würden ja auch auf diesem Wege nicht alle Beschwerden des Handelsstandes aus der Welt geschafft, aber zur Zeit sei kein anderes Mittel ausfindig zu machen, welches die Sache auch nur einigermaßen vorwärts bringt, wenn die Regierungen nach wie vor der Zulassung des Rechtsweges in Zollstreitsachen widerstreben. Es würde dadurch in keiner Weise den Bestimmungen der Verfassung oder des Vereinszollgesetzes entgegengetreten werden; die Entscheidungen über Beschwerden bleiben einfach Verwaltungssachen. Alle Parteien des Hauses haben sich früher auf den Antrag der Zulassung des Rechtsweges vereinigt; hoffentlich werden sie auch unserem heutigen Antrage zustimmen.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.): Ich bedaure, daß der Reichsschatzsekretär sich über unsern Antrag nicht äußert. Die Sache ist doch immerhin wichtig genug. Frühere Beschlüsse des Hauses sind absolut wirkungslos auf die verbündeten Regierungen geblieben. Man erkennt daraus, daß das Reichs-Schatzamt dem wirklichen Leben und Verkehr so fern steht wie irgend möglich, und daß es in Zollsachen im Deutschen Reich kein Recht giebt, daß man der Gnade und Ungnade der Zollbehörde ausgeliefert ist. Die Handhabung des Zolltarif-Gesetzes entspricht den Absichten nicht, von welchen die Gesetzgebung bei seinem Erlaß geleitet war. Die Klagen über Zolltarifkuriosa sind noch immer nicht verstummt, im Gegentheil kommen immer neue hinzu, und trotz aller einstimmigen Beschlüsse des Reichstages warten die Petenten Jahre lang auf den Bescheid. Den Uebelständen gegenüber ist unser Antrag fast harmlos zu nennen; ehe nicht der Rechtsweg zugelassen ist, haben wir wirksame Abhilfe nicht zu erwarten. Aber hätten wir wenigstens eine Zentralbehörde gehabt, eine Menge von Streitigkeiten wäre vermieden worden. Wohin der gegenwärtige Zustand führt, können wir am besten an der Angelegenheit studiren, welche Herr von Standy vorhin in Erinnerung gebracht hat. Der Holzhändler Fischer muß inzwischen den hohen Zoll immer weiter zahlen und hat, wie die Petitionskommission anerkannt hat, bereits 100 000 M. zu Unrecht bezahlt. Dasselbe haben wir mit der Verzollung von Holz als Faßdauben erlebt. Solche krasse Irrthümer der Zollbehörden würden selbst durch unsern unschuldigen Antrag unmöglich gemacht werden.

Staatssekretär **von Maltzahn**: Ich habe erst nach den beiden Antragstellern das Wort nehmen wollen, also einer einfachen Pflicht der Höflichkeit genügt. (Heiterkeit links.) Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland in Zollsachen kein Recht giebt. Die Zollstreitsachen sind der Kompetenz der ordentlichen Gerichte entzogen, aber es wird in ausreichender Weise und unweigerlich im Verwaltungswege Recht gewährt. Allerdings besteht eine Reihe Meinungsverschiedenheiten über Auslegung des Zolltarifs und Waarenverzeichnisses zwischen Regierung und Reichstag. Aber es steht nirgends geschrieben, daß der Reichstag die authentische Auslegung der Gesetzgebung zu geben hat. Der Bundesrath hat das Recht, bei seiner Ansicht stehen zu bleiben, wenn er sie nach gewissenhafter Prüfung für die richtige ansieht. Diese Prüfung ist seitens der verbündeten Regierungen stets mit aller Sorgfalt vorgenommen worden. Der Wunsch, die Unbequemlichkeiten zu beseitigen, ist auch der unsrige. Das Tarifamt, welches die Antragsteller wollen, würde die Befugniß haben müssen, den Gesetzen eine authentische Auslegung zu geben. Es würde sich dabei also um eine gewisse Delegation von Souveränitätsrechten des Reiches und sogar auch der Einzelstaaten handeln. Hieran könnte aber vielleicht der ganze Gedanke scheitern; jedenfalls liegt in ihm eine Aenderung der Verfassung. Die verbündeten Regierungen haben keine Zuständigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung des Zollwesens, sondern nur die Einzelregierungen. Ob diese ihre verfassungsmäßigen Rechte aufzugeben gesonnen sind, steht dahin. Jedenfalls werden die verbündeten Regierungen, wenn der Antrag zum Beschluß erhoben wird, ihn ernsthafter Prüfung unterwerfen.

Abg. **Scipio**: Unser Antrag bezweckt nicht im mindesten, an der Verfassung oder an der Kompetenz der Einzelstaaten irgendwie zu rühren.

Staatssekretär **von Maltzahn**: Wenn der von den Antragstellern gewünschten Behörde eine neue Waare präsentirt wird, müßte diese Behörde immer erst an den Bundesrath gehen, um Informationen einzuziehen. Wird inzwischen eine ganz ähnliche, aber nicht völlig gleiche neue Waare präsentirt, so würde die Schwierigkeit, die man beseitigen will, sofort wieder vorhanden sein. Die verbündeten Regierungen greifen ja nur revidirend ein, einen direkten Einfluß auf die Zollverwaltung haben sie nicht.

Abg. **Brömel** (dfr.): Gewiß ist ein formaler Rechtszustand auch für Zollsätze vorhanden, aber wir klagen ja gerade darüber, daß die formalen Grundlagen keinen materiellen Rechtszustand gewährleisten. Thatsächlich ist also der Ausspruch des Abg. Goldschmidt begründet. Nur die Einsetzung einer mit richterlichen Funktionen betrauten Staatsbehörde mit öffentlichem Verfahren kann wirklich helfen. Das Fehlen einer solchen Instanz wird den Gewerbetreibenden immer unerträglicher. Das gegenwärtige Verfahren steht in grellem Widerspruch zu den Rechtsanschauungen, welche z. B. in den Stempelsteuergesetzen unterlegt sind. Darin hat der Staatssekretär Recht, daß mit dem vorliegenden Antrage sehr wenig geholfen wird. Auskunft, wie sie gewünscht wird, kann man schon jetzt von verschiedenen Stellen erlangen, in Preußen bei den Zollämtern und den Provinzial-Steuerdirektionen. Die Zentralstelle, welche Herr Scipio vorschlägt, soll sich erst beim Bundesrath über jede Frage vergewissern; auf einer solchen Basis läßt sich doch kein Geschäft begründen. Der Bundesrath ist nicht einmal das ganze Jahr hindurch ständig versammelt. Ebenso sind die verfassungsmäßigen und staatsrechtlichen Bedenken, welche vom Bundesrathstische erhoben worden sind, nicht zu unterschätzen. Kann man sich nicht zu einer durchgreifenden Reform entschließen, so wird es beim Alten bleiben. Es ist nur natürlich, daß die Verwaltungsbehörden, welche bisher die oberste Entscheidung in Händen haben, sie festhalten wollen; aber ein Fortschritt ist nur möglich, wenn sie einen Theil ihrer Befugniß an eine richterliche Instanz abgeben. Der Antrag auf Schaffung einer richterlichen oder Verwaltungsinstanz ist im Juni 1890 angenommen worden. Der Bundesrath hat beschlossen, dem Antrag keine Folge zu geben. Wir wiederholen daher einen solchen aussichtslosen Versuch nicht. Die betheiligten Gewerbetreibenden müssen noch viel eifriger und rücksichtsloser ihre Beschwerden vorbringen und auf Abhilfe dringen, dann wird vielleicht etwas dabei herauskommen.

Abg. **Siegle** (nl.): Der Bundesrath hat die zollfreie Verwendung von Petroleumdestillaten für alle gewerblichen Zweige zugelassen, verlangt aber amtlichen Mitverschluß für die betreffenden Waarenvorräthe. Durch diese strenge Bestimmung wird die Industrie sehr beengt und wünscht Erleichterung.

Geheimrath **Heule**: Der betreffende Bundesrathsbeschluß ist nicht ergangen zu gunsten der diese Destillate herstellenden Fabriken, sondern der dieselben verwendenden Betriebe. Es geschieht hier also keinem der Betheiligten Unrecht.

Abg. **Siegle**: Das habe ich auch nicht behauptet. Thatsächlich aber werden die Benzinfabrikanten benachtheiligt und ich kann nur nochmals bitten, ihnen möglichst entgegen zu kommen.

Abg. **Brömel**: Wenn den Beschwerden der badischen Anwohner der schweizerischen Grenze so eifrig Abhilfe zu bringen versucht worden ist, daß sogar ein eigener badischer Kommissar nach der Schweiz geschickt wurde, so darf man doch im Interesse der Gerechtigkeit das Gleiche auch für die übrigen deutschen Gewerbetreibenden verlangen. Im weiteren bedauert Redner, daß dem Reichstage diesmal keine Nachweisungen über die Voranschläge aus den Zolleinnahmen vorgelegt sind, auch nicht einmal die vorläufigen Ermittelungen der laufenden Einnahmen bis zum Dezember des Etatsjahres. Die Zolleinnahmen sind auf 341 122 000 M. oder auf 1 671 000 M. mehr als im laufenden Jahre veranschlagt. Redner glaubt, daß damit ungefähr das richtige getroffen sein wird. Der Ausfall an Einnahmen infolge der Handelsverträge werden die veranschlagte Höhe nicht erreichen. Schließlich fragt Redner, ob denn die angestellten Ermittelungen endlich zu einer Entscheidung über die Frage wegen des Petroleumfaß-Zolles geführt haben.

Staatssekretär **v. Maltzahn**: Die betreffende Petition wollte theilweise die Beseitigung, theilweise die Aufrechterhaltung des Faßzolls. Die angestellten Erwägungen haben eine geraume Zeit in Anspruch genommen. Nach meiner Prüfung der Angelegenheit ist jetzt eine Vorlage an die verbündeten Regierungen gelangt und befindet sich in dem Ausschusse des Bundesraths, welche bezweckt, den früheren Bundesraths-Beschluß aufzuheben. Die Zahlen über die Einnahmen in den Monaten November, Dezember und Januar sind der Militärkommission mitgetheilt worden. In der Budgetkommission ist das nicht geschehen, weil dieser der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern in diesem Jahre nicht vorlag.

Auf Anfrage des Abg. **Scipio** bemerkt Staatssekretär **v. Maltzahn**, daß eine Vorlage zur Abänderung einiger Positionen des Zolltarifs in Vorbereitung sei, worunter sich auch die Position Baumwollensamen-Oel befindet. Auch bezüglich der gleichmäßigen Zollbehandlungen geschälter und ungeschälter Erbsen sei der Bundesrath in Erwägung eingetreten.

Abg. **Brömel** ist erfreut, daß die Frage des Petroleumfaß-Zolles sich endlich ihrer Erledigung nähert, und bittet, künftig die Nachweisungen über die Zolleinnahmen wieder der Budgetkommission zuzuweisen.

Die Einnahmen aus den Zöllen werden darauf bewilligt. Der Antrag Scipio-Goldschmidt wird nach Probe und Gegenprobe gegen die Stimmen des Zentrums und eines Theiles der Konservativen und der Reichspartei angenommen.

Die Einnahmen aus Tabak-, Zucker-, Salz-, Branntwein- und Brausteuer, sowie aus den Aversen, ferner die Einnahmen aus den Stempelabgaben werden ohne jegliche Debatte genehmigt, desgleichen die Einnahmen des Etats des Reichsschatzamtes.

Bei dem Ausgabetitel „Staatssekretär 24 000 M.“ bemerkt

Abg. **Merbach** (R.-P.): Die Entwerthung des Silbers ist keine blos agrarische Frage. Wer nach Silberländern exportirt, wird davon sehr nahe berührt. Auch Deutschland ist ein Silber produzirendes Land und hat an der Remonetisirung des Silbers das größte Interesse, in erster Linie aber die Silberbergwerke. Der Sozialdemokrat Kayser war, so lange er Vertreter des Kreises Freiberg war, ein Silberwährungsmann, nachher erst, als er mit dem Wahlkreise nichts mehr zu thun hatte, war er zur Goldwährung übergegangen. Herr Bamberger kennt die Verhältnisse in den Bergbau-Distrikten überhaupt nicht; sein Urtheil hat also nur sehr bedingte Autorität. Unser Bergbau ist alt, unsere Schächte sind tief, die Produktionskosten also hoch. Anders in Amerika und Australien. Die Zeit, wo man auch dort die reichen Erze erschöpft haben und zu ärmeren überzugehen gezwungen sein wird, liegt noch fern. Es steht damit ebenso, wie mit dem Rathe des Abgeordneten Barth an die Landwirthschaft, die amerikanische Konkurrenz nicht zu fürchten, da doch der Raubbau in Amerika bald zu Ende sein müsse. Wenn wir darauf warten sollen, ist uns nicht geholfen. Bis dahin ist der deutsche Bergbau längst todt. Der Bergmann wird brotlos werden, aber er wird nicht einsehen, daß er einer Naturnothwendigkeit, einer Umwandlung unterliegt, die unvermeidlich war. Wenn auch Herr v. Maltzahn erklärt hat, daß die verbündeten Regierungen den Bestrebungen zur Hebung des Silberpreises sympathisch gegenüberstehen, so dankt der bescheidene Bergmann auch für dieses kleine Entgegenkommen. Mögen die Regierungen kein Mittel unversucht lassen, die schweren Schädigungen, welche die Silberentwerthung bringt, dem deutschen Bergmann fernhalten. Es ist das keine agrarische Agitation, sondern der Hilferuf einer dem Untergang entgegenarbeitenden Industrie! (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Mirbach** (dk.): Die Währungsfrage steht jetzt derart im Vordergrunde, daß wir sie auch bei dieser Gelegenheit zu berühren verpflichtet sind. Der Reichskanzler hält ihre Lösung ohne England nicht für möglich. Wir sind der Meinung nicht. Der Kern der Währungsfrage ist gar nicht schwer, hat der Reichs-Schatzsekretär mit Recht erklärt, während der Reichskanzler die Frage zu den schwierigsten rechnet. Jedenfalls hat Herr Bamberger mit seiner Erklärung, der Bimetallismus sei todt, kein Glück gehabt. Wie wenig er todt ist, zeigen sowohl unsere Verhandlungen hier, als auch die Ereignisse im englischen Unterhause, wo Gladstone eine Niederlage erlitten hätte, wenn ihm nicht die Iren zu Hilfe gekommen wären. Auch die Erklärung des Vertreters Englands auf der letzten Münzkonferenz mögen die Goldwährungsmänner beachten. Selbst die „Freisinnige Zeitung“ giebt zu, daß ein Heben der Preise die Wirkung der Doppelwährung sein würde. Endlich beziehe ich mich auf die neulichen Aeußerungen des nationalliberalen Abg. Friedberg, der ein Professor und alles andere eher als ein Agrarier ist. Redner verwahrt sich dann gegen die Zusammenstellung der bimetallistischen und antisemitischen Agitation, wie sie der Reichskanzler beliebt habe. Die Juden seien als Vertreter des internationalen Kapitals zu dessen Vertheidigung berechtigt, aber das Dominiren des internationalen Kapitals sei für die nationale Arbeit schädlich. (Beifall rechts.) Bei den Handelsverträgen habe man nach der Meinung der Regierung rechtzeitig das Angebot machen müssen, um den wirthschaftlichen Ruin zu verhüten. Genau so liege es auf dem Gebiete der Währungsfrage; auch hier sollten die Regierungen ihr Angebot machen. Die Landwirthschaft verlange diesen Standpunkt unbedingt. Zunächst werde beantragt werden, eine Enquete zu veranstalten, sodann werde die Regierung vor die Frage gestellt werden, wie sie sich eine Lösung der Währungsfrage ohne England denke.

Abg. **Büsing** (ntl.): Zu einer Aenderung der Währung liegt absolut keine Veranlassung vor. Die Lehren der Bimetallisten sind eine Kette von Widersprüchen. Die Einführung der Goldwährung in Deutschland hat die Entwerthung des Silbers nicht verschuldet. Für jeden Unbefangenen ist es doch selbstverständlich, daß es richtiger ist, die Währung auf ein Metall, und zwar auf das kostbarere zu stützen (Lebhafte Rufe rechts: Nein!), als auf zwei, deren Relation sich auf dem Weltmarkt jeden Augenblick ändern kann. Die üblen Folgen der Doppelwährung aus Anlaß der Ueberproduktion an Silber sind ja in Amerika augenscheinlich. Auf die Dauer ist es eben unmöglich, zwei Metalle neben einander zum Maßstabe aller andern Werthe zu machen. Was Herr Graf Mirbach erklärte, ließ die Deutung zu, daß die Doppelwährung einzig im Interesse des Großgrundbesitzers liegt (Widerspruch rechts). Ueber die russische Währung ist Deutschland nicht Herr. Die Schwankungen der russischen Valuta werden bleiben, gleichviel welche Währung wir haben. Die Schwankungen würden aber erheblich geringer werden, der Rubelkurs erheblich steigen, wenn Herr Graf Mirbach und seine Freunde dem Handelsvertrage mit Rußland zustimmen wollten. Anerkannt muß werden, daß zur Zeit in Deutschland eine starke bimetallistische Strömung vorhanden ist, ein praktischer Versuch auf diesem Felde konnte aber sehr leicht das Unreelle an die Stelle des Soliden setzen; auf keinem Gebiet verbieten sich Experimente so sehr als auf diesem. (Beifall links.)

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Mit so allgemeinen Bemerkungen, wie: „es ist sonnenklar, es leuchtet jedem Unbefangenen ein, daß die Goldwährung das einzig richtige ist“, können wir absolut nichts anfangen. Auch die Goldwährungsleute in England haben zugegeben, daß durch die Silberentwerthung ein Druck auf die Preise ausgeübt ist. Nach der Aufdeckung der kalifornischen Goldfelder stieg die Goldproduktion um das viersache und der Gedanke wurde damals ernsthaft erwogen Gold zu demonetisiren und Silber zum einzigen Währungsmetall zu machen. Herr Büsing hat ein großes Interesse an der Goldwährung, weil die Banken und die Bankiers ein großes Interesse an ihrer Aufrechterhaltung haben. Daß wir unsere Zustimmung zur Militärvorlage von dem Eingehen der Regierung auf die Doppelwährung abhängig machen, wie behauptet worden ist, muß ich zurückweisen. Man behält sich bis zur dritten Lesung bekanntlich alles vor.

Abg. **Bamberger** (dfr.): Nicht mit dem Eintritt der deutschen Goldwährung, sondern erst 1878 hat der Lateinische Münzbund die freie Silberprägung eingestellt, das Eine war nicht durch das Andere bedingt. Man zitirt uns die verschiedensten Autoritäten für die Silberwährung, Bauern und Professoren; an wen sollen wir glauben? Wir sehen weder Cernuschi noch Herrn Friedberg als Autoritäten an. Wer kann denn hier im Reichstage beurtheilen, was eine oder die andere Autorität werth ist? Graf Mirbach hat angedeutet, ich hätte mich durch meine besondere Qualität als Jude bestimmen lassen, seiner Zeit für die Goldwährung zu stimmen. (Unruhe rechts, Zustimmung links.) Dieses Raisonnement greift auf konfessionelle Fragen über. In solche habe ich selten oder nie eingegriffen. Ob ich ans alte Testament glaube oder nicht, darüber kann ich mich hier nicht aussprechen. Vielleicht würde sich hier herausstellen, daß viele der Christen hier mehr Jude sind als ich, da sie mehr als ich ans alte Testament glauben. Hält Graf Mirbach einen Volksvertreter für zurechnungsfähig für sein Amt, wenn er seine Zustimmung zu den Akten der Gesetzgebung von solchen niedrigen Motiven abhängig macht? Ich bin seit fünfundzwanzig Jahren neun Mal gewählt, aber nie als Jude oder als Christ, sondern als Deutscher. Wie soll ich denn gewählt sein als Vertreter der Interessen des Judenthums? Hält er mich für so niedrig, daß ich nicht durch das Studium zu meinen Anschauungen gekommen wäre? Glaubt er, es giebt in diesen Dingen eine jüdische und eine nichtjüdische Wissenschaft? Ein Herr, der so die Noblesse zu vertreten sich berufen fühlt, sollte einem Kollegen doch nicht Gedanken unterschrieben, die nur als außerordentlich niedrige und gemeine erscheinen können. In einem wirklich durchgebildeten Gehirn können solche Vorstellungen nicht entstehen. (Sehr richtig! links.) Wenn mir in dieser Versammlung nach 25 Jahren solche niedrigen, gemeinen Motive untergeschoben werden, so zeigt das, wohin wir allmälig gekommen sind. Warum sind denn spezifisch jüdische Momente zu Tage getreten? Die Juden besitzen den größten Theil des mobilen Kapitals, sagt Herr Graf Mirbach. Ein großes Wort — aber nicht wahr! Es giebt etwa 6 Millionen Juden in der Welt, darunter eine große Menge recht armer und bedürftiger. Das große Haus Rothschild ist entschieden bimetallistisch gesinnt. In der Debatte von 1879, als ich mich über die Sistirung der Silberverkäufe beschwerte, gab Fürst Bismarck zu, daß Herr von Bleichröder Bimetallist sei. Einzelne große Firmen haben allerdings das größte Interesse an der Doppelwährung, weil das Geschäft in Metallen in ihren Händen liegt, (Sehr richtig! links) und das sind meistens jüdische Firmen. Wenn Herr Graf Mirbach mir also mildernde Umstände zubilligt, weil ich ein Jude bin, so muß ich das entschieden ablehnen.

Jedes Land, das jetzt eine Münzreform durchführen will, kann nur zur Goldwährung übergehen. Graf Mirbach meint freilich, der Bimetallismus werde wie ein Phönix aus der Asche erstehen. Man kann sich darin doch auch irren. Die Sistirung der Silberverkäufe haben die Bimetallisten früher als einen ihrer Erfolge gerühmt, jetzt wollen sie von dieser That nichts mehr wissen. Die Brüsseler Konferenz war keine bimetallistische, sondern eine Zusammenkunft, welche das Problem der Hebung des Silberpreises lösen wollte. Was jetzt im englischen Unterhause geschehen ist, hat mit einem Umschwunge der öffentlichen Meinung in England oder mit einem Siege des Bimetallismus absolut nichts zu schaffen. Die Agrarier sind von Hause aus garnicht Silberfreunde; sie sind eingespannt worden von den Silberleuten (Widerspruch rechts) — es ist so, man kann sich darüber garnicht täuschen. Die Bewegung ist von Amerika ausgegangen und ist über Frankreich nach Deutschland gedrungen. Die Silberleute haben es hier erst mit der kolonialen Bewegung und dann, als es damit nichts war, mit den Agrariern versucht; sie haben sie geködert und hypnotisirt. (Große Heiterkeit.) Die Einführung eines um 25 pCt. entwertheten Metalls wäre gleichbedeutend mit dem freiwilligen Staatsbankrott! Einer solchen That halte ich selbst die Agrarier um der Ehre und des Rufes Deutschlands willen nicht für fähig! (Beifall links.)

Abg. **v. Frege** (dk.) erhält darauf gegen 3/4 6 Uhr das Wort. Er führt aus, daß Rothschild's Bimetallismus nicht gegen, sondern für die Bestrebungen der deutschen Doppelwährungsleute spreche; Rothschild habe immer nur gute Geschäfte gemacht. Wenn nicht bald mit der Goldwährung gebrochen wird, bricht die Katastrophe über Deutschland herein und stürzt seine ganze Landwirthschaft in den Abgrund. Werden denn die Herren nie aus der Geschichte lernen? Sehen Sie nicht, daß die ganze argentinische Krisis eine Folge der Goldwährung ist? Wenn die Silberentwerthung weitergeht, wird die Krise nachtheilig auch auf Deutschland zurückwirken. Herr Bamberger stellt es so dar, als ob die Agrarier hier die Interessen amerikanischer Silberminen-Besitzer vertreten, während er sich gleichzeitig dagegen verwahrt, die Interessen des internationalen Kapitals zu vertreten. Nicht wir tragen die Klagen über die Silberentwerthung in das Land hinein, sondern die Klagen dringen überall immer verstärkter aus dem ganzen Deutschen Reich zu uns! Aus der kleinen agrarischen Vereinigung von früher ist jetzt der großartige Bund der Landwirthe geworden!

Damit schließt die Diskussion. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Kardorff, Bamberger und Graf Mirbach wird der Titel bewilligt und um 6 1/4 Uhr die Fortsetzung der Berathung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Lokales.

Der Vergleich, der zwischen unserm Kollegen Enders und Herrn Paul Kampffmeyer in Sachen der Privatklage des letzteren vorm Schöffengericht abgeschlossen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die unterzeichnete Redaktion erklärt hiermit, daß sie sich überzeugt hat, daß von seiten des Herrn Paul Kampffmeyer in seiner Broschüre: „von Vollmar und die Sozialdemokratie“ eine Fälschung hinsichtlich des Zitats über die Aussuge des Abgeordneten Singer nicht vorliegt, damit werden die von seiten des Herrn August Enders, des damaligen verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“, sich hieran schließenden Erörterungen, soweit sie Herrn Paul Kampffmeyer persönlich betreffen, hinfällig.“

Arbeiter-Sanitätskommission. Zahlreiche Klagen über Nässe in den Wohnungen sind uns wieder zugegangen.

Reichenbergerstr. 59, Hof 3 Treppen, läuft buchstäblich das Wasser von den Wänden herunter. Die Nässe ist darauf zurückzuführen, daß der Wirth es unterlassen hat, den abgefallenen Putz der Giebelwand rechtzeitig zu erneuern. Die Wohnung ist auch sonst ziemlich vernachlässigt. Der Fußboden ist an mehreren Stellen durchgefault, mit Schwamm durchsetzt und gestattet allem Ungeziefer den Zutritt. Der Miether hat bei dem Wirth vergeblich um Abhilfe gebeten.

Solche Wohnungen sind vielfach auch noch stark bevölkert. Die Wohnung Bremerstr. 47, 2. Quergebäude, 3 Treppen, ist feucht und schimmelig, besteht aus 2 Räumen mit 3 Fenstern, ist von 8 Personen (inkl. 2 Schlafburschen) bewohnt und hat 6 Betten. Das Haus ist neu, der Miether giebt den Trockenwohner ab.

Feucht und dunkel sind im Hause Lichtenbergerstr. 20 eine Kellerwohnung im Hinterhaus (3 Räume, 3 Fenster, 7 Bewohner, darunter 2 Schlafgänger, 5 Betten), eine Kellerwohnung im Seitenflügel (3 Räume, 2 heizbar, 4 Fenster, 4 Bewohner, darunter 2 Schlafgänger, für alle zusammen 2 Betten). Abhilfe ist verlangt worden und soll — im Sommer erfolgen.

Oranienstraße 2a, Hinterhaus, 1 Treppe, liegt eine Wohnung über einem Hausflur, in welchem ein Schlächter sein Eis lagert. Die Wohnung ist bei großer Kälte überhaupt nicht warm zu bekommen. Der Wirth ist allen Klagen gegenüber taub.

Sebastianstraße 22a, Seitenflügel, Kellerwohnung: feucht, dunkel, vernachlässigt, Wände schimmelig, Fußboden stellenweise verfault. Eine zweite Kellerwohnung in demselben Hause, aus welcher zur Zeit der Kontrolle eben der Miether auszog, ist ebenfalls feucht und dunkel. (Fußboden 1,75 Meter unterm Niveau.) Pissoir und Kloset waren unsauber, Mülkkasten überfüllt.

Kommandantenstraße 57: Seitenflügel, feuchte Kellerwohnung.

Alte Jakobstraße 132: Hinterhaus, feuchte Dachwohnung; Seitenflügel, 1. Etage feucht, darunter Waschküche und Pferdestall; 2. Etage ebenfalls feucht und kalt, weil direkt unter dem undichten Dache.

Die meisten der in Berlin üblichen Miethskontrakte enthalten die Bestimmung: „Der Miether ist verpflichtet, die Wohnung gehörig heizen und lüften zu lassen, damit sie gut konservirt werde.“ Dieser Paragraph, der wie alle anderen den Wirth zu nichts, den Miether zu allem verpflichtet, erscheint wie ein Hohn bei Wohnungen, die von Natur so feucht sind, daß alles Lüften und Heizen nicht ausreicht, um sie trocken zu bekommen.

* * *

Montag den 20. März findet eine öffentliche Versammlung der Arbeiter-Sanitätskommission im Vereins-Haus Süd-Ost statt. Tages-Ordnung: Die Wohnungs-Enquete in der Sorauerstraße und ihre Ergebnisse.

Zu dieser Versammlung werden insbesondere sämmtliche Miether der Sorauerstraße eingeladen.

In großen Fabriken fehlt es noch immer an geeigneten Transportmitteln, wenn es sich darum handelt, verunglückte Arbeiter nach dem Krankenhause oder nach ihrer Wohnung zu schaffen. So wurde in der vorigen Woche aus der Märkischen Lokomotivenfabrik in Schlachtensee ein verunglückter Arbeiter auf einem Handwagen (Hundewagen) zu seiner Familie nach Zehlendorf transportirt.

Eine 500 Dollar-Note als Trinkgeld. Dieser Tage reiste eine Dame nach Brasilien vom hiesigen Lehrter Bahnhofe ab und überreichte einem Dienstmann, der ihr in bezug auf das Gepäck behilflich gewesen war, zur Belohnung einen Papierschein, der anscheinend das Bildniß des Präsidenten der Vereinigten Staaten trug und die Zahl 500 zeigte. Der Dienstmann in dem Glauben, eine Fünfhundert-Dollar-Note in der Hand zu haben, eilte freudig in ein benachbartes Kaufmannsgeschäft, um den ausländischen Schein gegen heimische Münze umzuwechseln. Der Kaufmann, der mit dem Papier gleichfalls nicht recht Bescheid wußte, gab vorläufig zwanzig Mark. Später stellte sich heraus, daß das Papier über fünfhundert Reis lautete, brasilianischer Herkunft ist und einen Werth von etwa 1 M. hat.

An den in den Straßen Berlins fahrenden Geschäftswagen muß der Name und Wohnort resp. die Wohnung des Geschäftsinhabers angebracht sein. Für Personenfuhrwerk gilt diese Vorschrift nicht; in dem Augenblicke aber, wo jenes, wenn auch nur ausnahmsweise, zum Waarentransport verwendet wird, fällt es gleichfalls unter diese Vorschrift. So entschied in diesen Tagen ein hiesiges Schöffengericht. —

Bezüglich der Verhaftung des Weinhändlers Habermann, welcher der Brandstiftung angeschuldigt ist, erfahren wir: Die Untersuchung scheint eine eigenartige Wendung zu gunsten des Inhaftirten zu nehmen; zunächst ist festgestellt, daß sich in den Kellerräumen des Geschäftes des H. Waarenvorräthe befinden, welche im Werth den Betrag der Versicherungssumme noch übersteigen, wodurch also das Motiv der Brandstiftung zusammenfällt. Ferner ist festgestellt, daß ein Schlüssel zu den Kellerräumen schon am Sonnabend vor dem Brande verschwunden ist, ebenso ist die Art und Weise, wie die Brandstiftung hervorgerufen wurde, eine ganz sonderbare. Es ist nämlich eine Zündschnur gelegt und diese zu einem kleinen Häufchen Schießpulver geleitet, welches an einem Faß des besten Ungarweins auf dem Fußboden aufgeschüttet war. Zwar ist H. am Sonntag Vormittag gesehen worden, wie er sich nach dem Keller hinabbegab — und der Angeschuldigte bestreitet auch diese Thatsache nicht, er behauptet jedoch, im Lagerraum geschäftlich zu thun gehabt zu haben. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß er um diese Zeit schon die Zündschnur angezündet hat, da die Lunte unmöglich 18 Stunden hindurch brennen konnte. Wie wir ferner erfahren, dürften die bis jetzt unter Siegel gehaltenen Kellereien heute oder morgen von der Polizei freigegeben werden. Die Bewohner des Hauses, bei welchen H. einen sehr guten Leumund genießt, glauben nicht an die Schuld des Verhafteten, halten die Brandstiftung vielmehr für den Ausfluß eines Racheaktes, der sich gegen H. richtet.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag Nachmittag in der Treptower Straße zu Rixdorf. Eine junge Mutter ließ ihren etwa einjährigen Knaben am offenen Fenster der im ersten Stockwerk belegenen Wohnung spielen, wobei das Kind plötzlich ihren Händen entglitt und hinausstürzte. Ein kleines 10jähriges Mädchen, das auf der Straße spielte und das Kind herabstürzen sah, wollte es mit seinem Schürzchen auffangen, aber das unglückliche Knäbchen fiel neben dem kleinen Mädchen auf den gepflasterten Bürgersteig, wo es mit entsetzlich zerschmetterten Gliedern aufgehoben wurde. Die bedauernswerthe Mutter versuchte in ihrem Schmerz, sich mit einem Küchenmesser die Kehle zu durchschneiden, und nur mit vieler Mühe gelang es, ihr das Instrument zu entwinden. Das verunglückte Kind starb wenige Stunden nach dem Unglücksfall.

Mit den Wellen kämpfend wurde heute früh ein Mann in der Spree gegenüber dem Hause Schiffbauerdamm bemerkt und noch lebend herausgezogen. In der Charitee, wohin man ihn auf polizeiliche Veranlassung gebracht, erkannte man den 47 Jahre alten obdachlosen Korbmacher Ferdinand Arens. Ob er freiwillig in das Wasser gegangen ist oder was sonst vorliegt, hat sich noch nicht feststellen lassen.

Die unverehelichte Marie Kosakewitz, die bei ihrem Sturze aus dem Fenster Markgrafenstr. 69 schwere innere Verletzungen, jedoch keine Knochenbrüche davongetragen hat, befindet sich noch am Leben, ist aber bis heute Mittag noch nicht von der Polizei vernommen worden.

Die That des Dienstmädchens Katharina Wittkowska in der Kanonierstraße dürfte eine Warnung sein für die Wüstlinge, welche sich nicht entblöden, ihre Stellung als „Dienstherrschaft“ gegenüber ihren Dienstmädchen zu mißbrauchen. Die Annahme, daß sie in Nothwehr handelte, als sie mit dem Küchenbeil auf ihren Dienstherrn, den Agenten und Stellenvermittler Rinkel, einschlug, bestätigt sich. Diesem Herrn werden für die Zukunft seine schandbaren Gelüste wohl etwas vergehen.

Drei Menschenleben schwebten bei einem Brande, der heute (Dienstag) früh in der dritten Stunde in der Perleberger-straße 23 auskam, in Erstickungsgefahr. Brandstelle war ein Materialwaarenladen mit dem anstoßenden Korridor und dem Lagerraum. Der starke Rauch hatte das Treppenhaus so verqualmt, daß eine Frau und zwei Kinder, die thörichter Weise ihre Wohnung verlassen und dort Schutz gesucht hatten, in ernste Gefahr geriethen. Zum Glück gelang es einigen Beherzten, die Gefährdeten noch vor Eintreffen der Feuerwehr in Sicherheit zu bringen. Die Feuerwehr stellte zur Beruhigung der Bewohner sofort einen Leitergang her, dessen Benutzung aber nicht nöthig wurde.

Zu rekognosziren. Nach einer Mittheilung des Ersten Staatsanwalts zu Potsdam ist am 28. Februar, Morgens um 7 Uhr, in Petzow, unterhalb der dortigen Ziegelei, die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Mannes aufgefunden worden, die auf der oberen Fläche der linken Hand zwischen Daumen und Zeigefinger einen blautätowirten Anker und Stern zeigte. Dies läßt vermuthen, daß der Verstorbene entweder Sportsmann oder Schiffer gewesen ist. Der Todte hatte am Kopfe verschiedene Verletzungen. Näheres war bisher nicht zu ermitteln; die Staatsanwaltschaft zu Potsdam hat daher die Hilfe der hiesigen Polizei in Anspruch genommen. Auffallend ist, daß bei dem Todten weder Uhr noch Geldtasche gefunden worden ist.

Trotz des regnerischen Wetters hat der Ballon Humboldt heute Vormittag kurz nach 11 Uhr seine zweite Auffahrt unternommen. Die Fahrt ist wiederum unter Führung des Premierlieutenants Groß, dem sich Dr. Berson hinzugesellt hat, von statten gegangen. Ein anderer Luftballon, wohl von der Luftschiffer-Abtheilung, wurde heute Morgen in der Richtung von Schöneberg nach Moabit bemerkt. Er nahm seinen Lauf so niedrig, daß die Taue Bäume und Telegraphendrähte berührten.

Marktpreise in Berlin am 13. März, nach Ermittelungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,60—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,30—13,00 M., mittlerer von 12,90—12,70 M., geringerer von 12,60—12,40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,30 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Stroh, Richt- per 100 Kg. von — —M. Heu p. 100 Kilogramm von — — M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 5,00—2,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,20 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 13. d. Mts. Morgens sprang ein 16jähriges Mädchen aus dem Küchenfenster der im dritten Stock eines Hauses in der Markgrafenstraße belegenen Wohnung seiner Tante auf den Hof hinab und erlitt außer mehreren Knochenbrüchen anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß es nach der Charitee gebracht werden mußte. — Eine gemüthskranke Frau brachte sich in ihrer Wohnung, in der Scharnhorststraße, mittels Rasirmessers einen tiefen Schnitt in den Hals bei und verstarb bald darauf. — Auf der Treppe des Hauses Taubenstraße 17 wurde Vormittags ein Kaufmann mit schwerer Verletzung am Kopfe bewußtlos aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht. — Vor dem Hause Pallisadenstr. 1 fiel ein Tischler zur Erde und erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins. Er wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — An der Straße 46, hinter dem Grundstücke Vor dem Stralauer Thor 30, wurde die Leiche eines etwa vier Wochen alten Kindes aufgefunden. — Beim Abbruch des Domes stürzte Nachmittags der Arbeiter Beutner von einer Mauer und erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins, so daß seine Ueberführung nach der Universitätsklinik erforderlich wurde. — In der Nacht zum 14. d. M. fiel ein obdachloser Korbmacher gegenüber dem Grundstück Schiffbauerdamm 15 in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Am 14. d. M. Morgens wurde ein Arbeiter auf der Kellertreppe des Hauses Falckensteinstr. 41 erhängt vorgefunden. — Am 13. d. M. und in der darauf folgenden Nacht fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen zahlreicher Paletotdiebstähle, deren Schauplatz die Hörsäle der Universität bildeten, stand gestern der Maler Max Bohni vor der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Diese Diebstähle passirten besonders in den Monaten November und Dezember v. J. Der Angeklagte ist geständig, im Verein mit zwei anderen Kumpanen nach vorher besprochenem Plane die Diebstähle ausgeführt und reiche Beute gemacht zu haben. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit dieses Treibens verurtheilt ihn der Gerichtshof zu 3 Jahren Gefängniß.

Stationsvorsteher und Weichensteller in einer Person zu sein, kann unter Umständen recht bedenkliche Folgen haben, wie eine Verhandlung wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zeigte, welche am Dienstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stattfand und sich gegen den Haltestellenvorsteher Karl August Rothe richtete. Auf der Haltestelle Rudorf bei Zossen, welche der Angeklagte zu verwalten hat, kreuzen sich regelmäßig Vormittags kurz nach 9 Uhr zwei Güterzüge, von denen der eine von Berlin, der andere von Elsterwerda kommt. Der eine bleibt vor dem Bahnhof liegen, bis der Andere durchgefahren ist. Am 6. Oktober entgleiste der letzte Wagen des einen Zuges und richtete nicht unbedeutende Beschädigungen an. Der für den Unfall verantwortliche Angeklagte führte den Unfall zwar auf schlechtes Funktioniren der Weiche zurück, ein technischer Sachverständiger begutachtete aber, daß der Angeklagte, welcher die zu passirende Weiche vom Perron aus zu stellen hatte, die letztere zu früh umgestellt habe. Deshalb wurde der Angeklagte zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt.

Der Kaufmann Richard Comor, welcher gestern wegen eines vor 5 Jahren begangenen Diebstahls vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I stand, hat vor länger als fünf Jahren einem Mädchen, zu welchem er in näheren Beziehungen stand, ein Sparkassenbuch gestohlen und war alsdann unsichtbar geworden. Er hatte sich nach Amerika begeben und sich in der neuen Welt längere Zeit aufgehalten, bis ihn die Sehnsucht nach der Heimath wieder über den Ozean trieb. Hätte er diese Reise 18 Tage später angetreten, dann wäre ihm hier kein Ungemach entstanden, denn als er hier verhaftet wurde, ergab sich, daß 18 Tage später der fünfjährige Verjährungstermin eingetreten gewesen wäre. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 9 Monate Gefängniß und der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate.

Veruntreuungen im Gesammtbetrage von ca. 23 000 M. fielen dem Kaufmann Max Bärens zur Last, welcher gestern wegen Unterschlagung von der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I stand. Der Angeklagte, welcher Jahre lang Kommis in einem hiesigen umfangreichen Ostengeschäft war, hatte sich durch Fleiß und Tüchtigkeit so ausgezeichnet, daß ihn sein Chef schließlich zu seinem Sozius machte. Der Angeklagte hat das ihm geschenkte Vertrauen schlecht belohnt, denn er ist geständig, fortgesetzte Unterschlagungen begangen zu haben, welche bis zu der oben genannten Summe angeschwollen sind. Da der Angeklagte ein durchaus nüchterner und fleißiger Mann war, so schwebte bisher ein gewisses Dunkel darüber, wo das Geld eigentlich geblieben ist. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. L. Friedmann, gab darüber gestern eine eigenartige Aufklärung. Die Eltern des Angeklagten waren durch Unglück um ihr Vermögen gekommen, und um ihre Lebenshaltung einigermaßen auf der gewohnten Höhe zu erhalten, war der Angeklagte, dessen Einkommen man überhoch schätzte, als Wohlthäter eingesprungen. Er hat in der bekannten Manier immer ein Loch aufgemacht, um ein anderes zuzustopfen, bis schließlich die Unterschlagungen die Summe von 23 000 M. erreichten. — Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängniß, der Vertheidiger empfahl eine wesentliche Ermäßigung der Strafe, da der Angeklagte gewissermaßen aus einem edlen Motiv gehandelt habe. — Das Urtheil lautete auf 1 Jahr Gefängniß.

Soziale Uebersicht.

Zur Unfallversicherungs-Praxis hat das Reichs-Versicherungsamt kürzlich folgende wichtige Entscheidungen getroffen: Die Ehefrau eines Verletzten hat auch dann, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen ist, Anspruch auf Rente gemäß § 7 Absatz 2 des Unfallversicherungs-Gesetzes. — Die Berufsgenossenschaft ist nicht berechtigt, in die freie Willensbestimmung eines Verletzten in der Weise einzugreifen, daß als Folge seiner Weigerung, eine Operation an sich vornehmen zu lassen, die Einstellung oder Minderung einer bis dahin gewährten Rente angeordnet wird. — „Lohnarbeiter“ im Sinne des § 2 Absatz 2 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes sind auch Lehrlinge, welche nur Kost und Wohnung erhalten; indessen ist eine Ausnahme dann zuzulassen, wenn der Lehrling ein Lehrgeld zahlt, welches dem Werth von Kost und Wohnung etwa gleichkommt. Geldbeträge, auf deren Bezug der Lehrling keinen Anspruch hat, welche vielmehr den Charakter von Geschenken tragen, können als Lohn nicht gelten, auch wenn sie in gewissen Zeiträumen wiederkehrend gegeben werden.

Die Parias der Landstraße, die von dem dummen, zahlungsfähigen Spießbürger mit Vorliebe als „arbeitsscheue Strolche“ bezeichnet werden, haben während dieses Winters ganz besonders viel ausstehen müssen. Dem „Nordd. Volksblatt“ ging eine Zuschrift zu, in der einem ihrer Leser aus der Diakonissenanstalt Bethlehem in Mecklenburg folgende erschütternde Mittheilung gemacht wird: „. . . Jetzt ist doch das Wetter etwas besser. Es waren in diesem Winter sehr viel Typhuskranke. Bei der großen Kälte war unsere Männerstation überfüllt mit wandernden Gesellen. Die armen Menschen haben so sehr unter der Kälte zu leiden gehabt. Einem Schneider sind beide Hände und ein Fuß so erfroren, daß sie haben abgenommen werden müssen. Bei mehreren sind verschiedene Finger oder Zehen abgenommen;

einem mußten beide Beine amputirt werden. In einer Nacht wurde ein Handwerksbursche gebracht, der fast ganz erfroren war. Er ist wieder aufgelebt, aber so jämmerlich, daß es zweifelhaft ist, ob er Arme und Beine behalten kann. Sogar Nase und Ohren hat er verlieren müssen . . ."

Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien ist, wie schon mitgetheilt wurde, dem Bundesrath ein Entwurf von Bestimmungen zugegangen. Nach der „Vossischen Zeitung" sollen diese Arbeiter nicht mehr zur Gewinnung und zum Transport von Rohmaterialien, sowie zu Arbeiten in den Oefen und zum Befeuern der Oefen, Arbeiterinnen auch nicht mehr zur Handformerei der Ziegelsteine mit Ausnahme der Dachsteine (Dachpfannen) und Bimssandsteine (Schwemmsteine) verwendet werden dürfen. Die tägliche Beschäftigung darf 12 Stunden, die wöchentliche 66 Stunden nicht überschreiten; die Arbeitsstunden dürfen nicht vor 4½ Uhr morgens beginnen und nicht über 9 Uhr abends hinaus dauern. Es müssen zwei Arbeitspausen gegen Mittag und nachmittags gewährt werden, die nach je längstens vier Stunden Arbeit eintreten, die Dauer der Mittagspause muß mindestens eine Stunde, die der übrigen Pausen mindestens je eine halbe Stunde betragen. Im Uebrigen ist den Ziegeleibesitzern die Verpflichtung auferlegt, an der Arbeitsstätte Tabellen über die Beschäftigungsstunden der jungen Leute und Arbeiterinnen anzubringen. Die Art der Tabellenführung ist genau vorgezeichnet. Die Bestimmungen treten zum Theil mit dem 1. Mai d. J., zum Theil mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Sämmtliche Bestimmungen haben fünfjährige Giltigkeit. Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken sind auf solche Ziegeleien, welche nicht blos vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden, ausgedehnt worden. Es sind darüber Erhebungen angestellt worden, die durch zahlreiche Eingaben aus Interessentenkreisen, sowie durch mündliche Verhandlungen mit Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Angehörigen des Ziegeleigewerbes ihre Ergänzung gefunden haben. Unter Berücksichtigung der gewonnenen Unterlagen ist der Entwurf entstanden. —

Einigermaßen Schutz vor der bisherigen grauenvollen Ueberbürdung wird dadurch den Arbeiterinnenn und jugendlichen Arbeitern wohl gewährt. Wie nöthig aber ein solcher Schutz auch den erwachsenen männlichen Arbeitern wäre, dafür ist die Arbeitsordnung des Ziegeleibesitzers Trebert in Quedlinburg ein Beweis, die dem Arbeiter das Familienleben vollständig illusorisch macht. § 1 dieser „Ordnung" lautet: Die tägliche Arbeitszeit beginnt vom 1. April bis 30. September Morgens 4 Uhr und dauert mit Unterbrechung von 7½ bis 8 Vormittags, 12 bis 1 Uhr Mittags und 4 bis 4 Uhr 25 Min. Nachmittags bis 8 Uhr Abends. Im Oktober, Februar und März Morgens 5 Uhr und dauert mit Unterbrechung von 8 Uhr bis 8½ Uhr Vormittags, 12 bis 1 Uhr Mittags und 4 bis 4½ Nachmittags bis 7 Uhr Abends. Im November, Dezember und Januar Morgens 7 Uhr und dauert mit Unterbrechung von 8½ bis 9 Uhr Vormittags, 12 bis 1 Uhr Mittags bis 5 Uhr Abends. Aenderungen in der Arbeitszeit und den Arbeitspausen werden zwei Wochen vorher durch Anschlag bekannt gegeben.

Aus Lübeck wird uns geschrieben: Die Arbeitslosigkeit hat hier einen Umfang angenommen, wie er noch nicht dagewesen ist. Es fanden mehrfache Ansammlungen auf dem Marktplatze statt; eines Tages begab man sich schon vor das Haus des Polizeisenators. Besonnene Elemente riethen den Arbeitslosen, sich mit den Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei ins Einvernehmen zu setzen, um eine Arbeitslosenversammlung am Freitag-Morgen, den 8. März, abzuhalten. Ohne jegliche weitere öffentliche Bekanntmachung hatten sich nach genauer Zahlung 786 Arbeitslose eingefunden. Im ganzen mögen mindestens 1500 Personen ohne Beschäftigung sein. Der Reichstagsabgeordnete Th. Schwartz referirte. Man beschloß, eine Deputation an den Bürgermeister und an den Wortführer der Bürgerschaft zu senden, und an diesen Stellen um Inangriffnahme der längst bewilligten Staatsarbeiten zu ersuchen. Die Deputation begab sich an demselben Tage zum Bürgermeister Dr. Kuhlenkamp. Der Herr empfing die Deputation sehr freundlich und versprach, die Angelegenheit schon am folgenden Tage dem Senat zu unterbreiten und die Antwort an demselben Tage zu ertheilen. Die Antwort ist denn auch erfolgt und liegt im Wortlaut schriftlich vor uns. Das ziemlich lange Schriftstück führt aus. „daß ein Arbeitsmangel, durch den weitere Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wären, bei uns zum Glück weder in diesem Winter geherrscht habe, noch jetzt herrsche." — Ein Nothstand existirt also für unseren hohen Senat nicht. Gerade so, wie anderswo. Die Mitglieder des hohen Senates bekamen freilich erst kürzlich jeder 3000 M. Gehaltzulage. Der Wortführer der Bürgerschaft, Herr Dr. Fehling, gab keine bessere Antwort. Am 6. März berichtete die Deputation in einer Versammlung der Arbeitslosen über das Ergebniß ihrer Bemühungen. Der Wortlaut der Senatsantwort wurde verlesen und erregte begreiflicherweise großes Erstaunen. Nach einer langen, erregten Debatte beschloß man, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen, da von Senat und Bürgerschaft doch keine Hilfe zu erwarten sei. Eine Resolution fand Annahme, die die Antwort des Senats als „inhuman" bezeichnete. Beide Versammlungen verliefen ruhig, polizeiliche Ueberwachung war nicht vorhanden.

Zur besonderen Illustration der Antwort des Senates diene die in der zweiten Versammlung vorgenommene Aufnahme. Diese Aufnahme ist keineswegs eine erschöpfende, sie konnte sich nur auf 430 Leute, die 1518 Personen zu ernähren hatten, erstrecken. Diese 430 hatten zusammen 5590 Wochen gefeiert, durchschnittlich jeder 13 Wochen. Nicht weniger als 65 von ihnen hatten 20 Wochen und darüber keine Arbeit. Ein 73jähriger Arbeiter ist 2 Jahre ohne Beschäftigung, er bezieht keine Rente und keine Unterstützung. Ein anderer, der eine gelähmte Frau hat, feiert 19 Wochen. Hervorzuheben ist noch, daß unter den 430 329 gewöhnliche Arbeiter sind. Gerade unter diesen ist ein großer Arbeitsmangel vorhanden. Einer derselben, dessen Familie 8 Köpfe zählt, hat in 20 Wochen nichts verdient. — Die Redaktion der „Eisenbahn-Zeitung" hatte die Absicht, bei wohlhabenden „Mitbürgern" Geld für die Nothleidenden locker zu machen; sie hat aber nur die Erfahrung gemacht, daß diese den Beutel nicht aufthun wollen. Der Senat hat ja erklärt, es sei Arbeit genug vorhanden, warum denn noch Geld zur Unterstützung hergeben? Es muß schon die Cholera vor der Thür stehen, ehe sich der satte Bürger des hungernden Proletariers annimmt.

Der General-Anwaltschaftsrath ländlicher Genossenschaften für Deutschland (Verbandsausschuß der Raiffeisenschen Darlehnskassen-Vereine) hat in seiner Sitzung zu Frankfurt a. M. an stelle des kürzlich aus dem Amte des General-Anwalts genannter Organisation ausgeschiedenen Herrn R. Raiffeisen-Weißenthurm, des Sohnes des verstorbenen F. W. Raiffeisen, den langjährigen Mitarbeiter des letzteren, Herrn Th. Cremer, Direktor der Landw. Zentral-Darlehnskasse für Deutschland zu Neuwied und bisheriger kommissarischer General-Anwalt, einstimmig gewählt. Herr Cremer leitete schon nach dem Tode Raiffeisens eine Zeit lang die Geschäfte der Zentralstelle.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Töpfer, die am 9. d. M. tagte, sprach Reichstags-Abgeordneter Genosse Molkenbuhr zunächst über die wirthschaftlichen Krisen. Dann wurde über die Verlängerung der Arbeitszeit bei der Firma Burg (Hennigsdorf-Berlin) verhandelt. Wie Kollege Thieme mittheilte, habe der Vertreter dieser Firma, Herr Stapfiel, seinen hier in Berlin beschäftigten Ofensetzern ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt, wonach sich jeder verpflichten soll, unter Preisgabe der 1889 mit so schweren Opfern errungenen achtstündigen Arbeitszeit, von nun an von ½8 bis 6 Uhr zu arbeiten. Herr Stapfiel sei von den Bauherren dazu gedrängt worden, da das Verlassen des Baues seitens der Töpfer um 5 Uhr die übrigen Bauarbeiter sehr leicht reizen könne, ebenfalls Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Wer nicht unterschreibe, könne gehen. Die Töpfer hätten sich nun an den Chef und Direktor gewendet, welche jedoch erklärten, Herr Stapfiel habe selbständig darüber zu befinden. Nochmalige Vermittelung lehnte dieser jedoch ab mit dem Bemerken, es bleibe bei seiner Bestimmung. Nun müsse also die Gesammtheit der Töpfer dem Herrn zeigen, daß sie nicht willens sei, sich seinem Spruch unterzuordnen, sowie, daß sie ihre Errungenschaften bis zum Aeußersten hoch halten werde. Nach lebhafter Debatte gab Paarmann namens der bei der Firma beschäftigten Kollegen die Erklärung ab, sich dem Beschluß der Versammlung zu fügen. Hierauf gelangte nachstehende Resolution gegen 2 Stimmen zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten vollständig einverstanden und ist der Ansicht, daß die wirthschaftlichen Krisen nur nach der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und Herbeiführung der sozialistischen weg bleiben werden. In Angelegenheit der Firma Burg fordert die Versammlung die dort beschäftigten Kollegen auf, nach Fertigstellung der angefangenen Arbeiten nur unter der errungenen Arbeitszeit von ½8—5 Uhr weiter bei genannter Firma zu arbeiten und erklären sich die Anwesenden mit ihnen solidarisch." — Hierauf erfolgt die Abrechnung des Vertrauensmanns, Kollegen Thieme, der im Anschluß hieran sein Amt wegen Kränkungen, die ihm widerfuhren, niederlegte. Mit dem Bestand vom 10. Januar im Betrage von 206,09 M. betrugen seine Einnahmen 464,11 M., die Ausgaben 171,30 M., so daß 272,81 M. bei der Revision am 27. Februar sich noch in seinen Händen befanden. Kollege Daudert als Revisor bestätigt diese Angaben und erfolgte auf seinen Antrag einstimmige Entlastung des Kollegen Thieme. An seine Stelle wurde Kollege Gustav Melzer und als zweiter Revisor an Stelle des Kollegen Patosch Kollege Zewsky gewählt. Nach längerer Diskussion gelangte eine weitere Resolution gegen 5 Stimmen zur Annahme: Die öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend vom 9. d. Mts. erklärt sich mit dem „Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend" solidarisch, sie spricht ihr größtes Mißfallen gegen den Kollegen Badiel aus, da derselbe sich nicht bemüßigt gefühlt habe, die von ihm gegen den Verein erhobenen Beschuldigungen zu beweisen, trotzdem er wiederholt dazu aufgefordert wurde. Die Versammlung ersieht daraus, daß diese Beschuldigungen grundlos sind. Des weiteren muß die Versammlung auf grund der von dem genannten Verein gegen Badiel erhobenen und bewiesenen Beschuldigungen demselben das Recht absprechen, in der Arbeiterbewegung irgend welchen Posten bekleiden zu können. Die Versammlung erwartet von den Vertrauenspersonen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises, daß dieselben die unsere Bewegung aufs Aeußerste schädigenden Beschuldigungen, welche sie gegen einzelne in unserem Gewerbe mit Vertrauensstellungen versehene Kollegen erhoben haben, in kürzester Zeit beweisen werden. Sollten sie dazu nicht im stande sein, so würde das Urtheil der Versammlung gegen Badiel auch auf sie Anwendung finden müssen. David und Hagen." — Die Debatte über die „Fensterfrage" führte (da die Maler und Stuckateure die Töpfer darin im Stiche ließen) zu dem Resultat, jedem Kollegen freie Hand darüber zu lassen, was er mit seinem Arbeitgeber vereinbare. Nachdem noch die Arbeitsverhältnisse der Firma Richter u. Söhne kritisirt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung aller versicherten Arbeiter der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin berieth am 13. März über den bei dem Ausschusse der Anstalt eingegangenen Antrag betreffend Bewilligung von 300 000 M. an die Berliner Baugenossenschaft für Abzahlungshäuser. Herr Sparfeld referirte. Nachdem er kurz die hier in Betracht kommenden Bestimmungen des Gesetzes angeführt hatte, erörterte er die Frage, ob die Berliner Baugenossenschaft, welcher der Vorstand der hiesigen Alters- und Invaliditätsversicherung jetzt ein Kapital von 300 000 M. leihen will, eine gemeinnützige im Sinne des Gesetzes ist. Er verneinte diese Frage und machte zum Beweise auf die Statuten der Genossenschaft aufmerksam. Wer ein Haus bei dieser Genossenschaft erwerben will, der muß einen Geschäftsantheil von 200 M. haben. Vor Uebernahme eines Hauses muß er nachweisen, daß er im stande ist, die Zinsen für das Kapital, das er schuldig bleibt, zu bezahlen, und ferner das Haus in gutem baulichen Zustande erhalten kann. Die zweite Wohnung in dem Hause darf er nur an einen verheiratheten Mann vermiethen. Schließlich muß er noch eine Anzahlung leisten. Hiernach ist es kaum möglich, daß ein Arbeiter durch diese Baugenossenschaft ein Haus erwirbt. Vom Standpunkte der gegen Alter und Invalidität Versicherten kann demnach die Berliner Baugenossenschaft als eine gemeinnützige nicht anerkannt werden. Redner empfiehlt schließlich, den im Ausschusse sitzenden Arbeitern, welche diese Versammlung veranlaßt haben, die Weisung zu geben, wenn der Berliner Baugenossenschaft das Kapital bewilligt wird, solle auch in Zukunft anderen Baugenossenschaften das Geld nicht versagt werden. In der Diskussion sprachen die Anwesenden, welche das Wort nahmen, sich gegen die Bewilligung aus. Es wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter, welche die Häuser dieser Genossenschaft herstellen, äußerst schlecht bezahlt werden, daß ferner die Häuser so gebaut werden, daß im Winter das Wohnen darin gefährlich ist. Wie andererseits der Vorstand der Versicherungsanstalt wirthschaftet, ergebe sich daraus, daß der Vorstand in der Klosterstraße ein Haus gekauft habe für einen Preis, der 1000 M. pro Quadratruthe höher sei, als für ein Haus in der Poststraße und für ein anderes in der Nachbarschaft gelegenes zu zahlen gewesen wäre. Ein Ersatzmann des Ausschusses führte aus der ihm zugestellten Drucksache an, daß vorgeschlagen wird, die Häuser der Baugenossenschaft bis zu zwei Dritteln des Buchwerthes zu beleihen. Da aber, so heißt es in der Drucksache, eine so hohe Beleihung nicht den Anforderungen bezüglich der sogenannten Mündelsicherheit entspricht, so bedarf es nach § 129 Abs. 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes eines Antrages an den hiesigen Kommunalverband auf Gestattung der Beleihung in der vorgeschlagenen Form. Danach ist die Beleihung also nicht einmal ohne weiteres gesetzlich zulässig. Es wurde hierauf folgende, zu Beginn der Diskussion eingebrachte Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Berliner Baugenossenschaft nicht im stande ist, den Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu sichern, in fernerer Erwägung, daß die Vortheile der Genossenschaft wesentlich nur Kleinbürgern, nicht Arbeitern zu gute kommen, beauftragt die Versammlung die Arbeitervertreter im Ausschusse, das Geld für die Baugenossenschaft nicht zu bewilligen." Unter Verschiedenem forderte Herr Sparfeld die Arbeitervertreter im Ausschusse noch auf, die wichtigeren Drucksachen, welche ihnen zugehen, nicht zu Hause zu verschließen, sondern dem hiesigen Arbeiterblatte zur Verfügung zu stellen.

Die Schneider und Schneiderinnen hatten zum Montag vier öffentliche Versammlungen einberufen, in welchen die folgende Tagesordnung zur Diskussion stand: „Die Zustände in der Schneiderei und die Berechtigung der aufgestellten Forderungen." Der große Saal bei Merten in der Friedrichstraße war überfüllt, bei Feuerstein in der alten Jakobstraße war selbst die Gallerie bis auf den letzten Platz besetzt, bei Müller in der Johannisstraße mußten die Tische entfernt und die Nebenräume zugänglich gemacht werden, ähnlich war der Besuch der Versammlung in der Frankfurterstraße bei Habrecht. Die Referenten, Täterow, Pfeiffer, Timm und Rogge legten unter wiederholten Beifallsbezeugungen noch einmal die Zustände klar, welche die Schneider gezwungen haben, folgende Forderungen an das Unternehmerthum zu stellen: 1. Einen allgemeinen Lohnaufschlag von 25 Prozent. 2. Aushängung von Lohntarifen; 3. Nur zwei Klassen werden für Maaßbestellung als zulässig anerkannt. 4. Bezahlung der Tagschneider nach Wochenlohn. Der Minimalsatz ist bei zehnstündiger Arbeitszeit 27 M. Sonntagsarbeit ist unzulässig. 5. Beseitigung des Platzgeldes auf den Werkstellen. 6. Anstellung eines Maschinisten in Werkstellen über zehn Mann, welcher vom Geschäft bezahlt wird. Die Maschinen und Maschinen-Zuthaten sind gleichfalls vom Geschäft zu liefern. Der Minimallohnsatz und die Arbeitszeit ist gleich den Tagschneidern. 7. Bis 6 Uhr Abends müssen alle Proben, die den nächsten Tag bis 8 Uhr geliefert werden sollen, den Arbeitern ins Haus geschickt sein. 8. Bezahlung der Nacht- und Kumpanschafts-Arbeit mit 5 M. Aufschlag. Bezahlung der Extraarbeiten. Ausführlich wurden diese Forderungen von dem Referenten begründet. Die einmüthige Stimmung, die durch sämmtliche Kollegen, welche in der Diskussion sprachen, zum Ausdruck kam, ging dahin, daß, wenn die Unternehmer diese den Drange der Verhältnisse entsprungene Forderungen nicht bewilligen, dieselben durch das letzte Mittel, durch den Streik, zu erkämpfen seien. Mit enthusiastischer Zustimmung wurde in allen Versammlungen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung erklärt in der Erkenntniß, daß einer weiteren Degeneration der Schneider und Schneiderinnen mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden muß, ihr Einverständniß mit den in dieser Frage von der Berliner Kollegenschaft gefaßten Beschlüssen. Die Versammlung verspricht, fest zusammenzustehen, um den aufgestellten Forderungen zum Siege zu verhelfen."

Mit dreifachem Hoch auf die Schneiderbewegung schlossen die imposanten Versammlungen.

Die öffentliche Kistenmacher-Versammlung, welche am 13. ds. Mts. tagte, verhandelte zunächst über den Streik in der Kistenfabrik von Werner. Wie mitgetheilt wurde, ist die Arbeitseinstellung erfolgt, weil Herr Werner einem Arbeiter, welcher seiner Meinung nach ihm mehr verdiente, als die übrigen Arbeiter, auf Kosten dieser eine Lohnzulage gewährte. Da die wöchentlichen Verdienste (bei einer Arbeitszeit von 7—7 Uhr) 10—12 M. betrugen, von denen nun noch Abzüge stattfinden sollten in Form von Zuweisung weniger Arbeit, so war es den dortigen Arbeitern nicht möglich, zu existiren und legten sie demzufolge die Arbeit nieder. Wie sich Herr Werner der Kommission gegenüber ausgesprochen hat, ist er durchaus nicht abgeneigt, den Lohntarif zu unterschreiben bezw. zu zahlen, doch verlangt er in diesem Falle entsprechende Arbeitskräfte und weigert sich, die streikenden Arbeiter wieder einzustellen. Bezüglich der Unterstützungsfrage wurde in Betracht gezogen, daß die Werner'sche Werkstätte schon seit langem gesperrt ist. Die Versammlung erklärte sich nach eingehender Debatte mit den Streikenden solidarisch und beauftragte den Vertrauensmann, Sammellisten für die streikenden Arbeiter der Kistenfabrik von Werner und Jacoby, Michaelskirch-Brücke 1, zu verausgaben. Des weiteren war die Versammlung berufen, Stellung zu nehmen zu dem am 4. April in Kassel stattfindenden Holzarbeiter-Kongreß, welcher die Organisationsfrage behandeln wird. Die Versammlung beschloß, den Kongreß zu beschicken und wählte als Delegirten den Kollegen Merten. Die Berathung der Kongreßvorlagen soll in einer am 19. d. M. stattfindenden öffentlichen Versammlung vorgenommen werden. Der Vorschlag des Magistrats-Assessors Dr. Freund, betr. die Zentralisirung der Arbeitsnachweise, bildete einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen. Die Versammlung nahm dem gegenüber eine durchaus ablehnende Stellung ein. Eine entsprechende Resolution, in welcher die Forderung der Errichtung einer Arbeitsbörse analog derjenigen der Stadt Paris auf Kosten der Stadt gestellt wird, fand Annahme.

In der Branchenversammlung der Schlosser und Maschinenbauer vom Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt Genosse Roland einen Vortrag über die Frage: Wird das Elend siegen? In der Diskussion brachte ein Anarchist seine Anschauungen aufs Tapet. Dieselben wurden jedoch sowohl vom Referenten, als auch von verschiedenen anderen Rednern nach Gebühr widerlegt. Alsdann wählte die Versammlung zwei Kollegen in die Fachkommission.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für die Kreise Wittenberg, Schweinitz, Gorgau und Liebenwerda. Versammlung heute Abend 8½ Uhr bei Lehmann, Neue Grünstr. 14. Vortrag: Der 18. März.

Lese- und Diskutirklub „Zentrum". Mittwoch, den 15. März, Abends 9 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21, part. Vortrag des Genossen C. Woldt.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 15. März, Abends 8½ Uhr, Versammlung mit Frauen in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Literarisches.

Gastgeschenke für Freund und Feind. Von Friedrich Dulmeyer, Berlin W., Yorkstr. 48, bei Eduard Stenzel. Preis 1 M.

Religionsgeschichte und Religionsunterricht. Eine zeitgemäße Betrachtung von Albert Köhler, Leipzig. Verlag von Grübel u. Sommerlate. Preis 75 Pfg.

Was will das Volk? Weder Militarismus noch Krieg. Von Richard Reuter, Leipzig. Verlag von Friedrich Pfau.

„Naturärztliche Sprechstunden." Zeitschrift für das gesammte Naturheil-Verfahren. Herausgegeben vom Naturheil-Verein Nürnberg. Preis per Jahrgang 3 M. Heft 3 enthält u. a.: Die erste Pflege und Erziehung des Kindes im gesunden und kranken Zustande. Von Dr. med. Brecher. Aus der Praxis. Hornhautgeschwüre von Dr. med. Häusler. — Rothlauf von Dr. med. Odladen. — Lungenschwindsucht.

„Der Süddeutsche Postillon", Verlag von M. Ernst, München, hat anläßlich des zehnjährigen Todestages von Karl Marx seine Nummer 6 dem Andenken dieses großen Todten gewidmet. In Form eines großen Doppeldildes „Das Erwachen einer Welt" giebt er allegorisch die weltgeschichtliche Mission von Karl Marx. Ferner enthält diese Nummer noch eine Darstellung der Kraft des Proletariats, das Portrait von Marx, sowie eine Szene aus dem Pariser Barrikadenkampf zu Ehren des 18. März. Literarisch ragen hervor die Gedichte „Karl Marx" von sd., „das Erwachen einer Welt" (Text zu gleichnamiger Allegorie) von Eduard Fuchs und „Dem Andenken der Kommune" von Ernst Klaar, sowie eine Anzahl bedeutender Aphorismen aus Marx' Werken, gesammelt von E. F. Diese Nummer verdient das Interesse des gesammten denkenden Proletariats und sie wird es finden.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 5 des 3. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zukunftsstaatliches. — Die Bewegung unter den Handlungsgehilfinnen. Von Berthold Heymann. — Wer zerstört die Familie? Von Carl Spöhnmann. — Feuilleton: Am Nordpol. Nach dem Englischen von P. Olliverio. (Fortsetzung.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1893 unter Nr. 2600) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter

Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 24. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vom rocher de bronze. — Erinnerungen eines Arbeiters an Karl Marx. Zu dessen zehnjährigem Todestage, 14. März 1893. Von Friedrich Leßner. — Ein Dichternachlaß. Von Karl Henckell. — Zwei Jahreszahlen. Eine Kontroverse über die industrielle Reserve-Armee. a) Eine Zuschrift von Professor Jul. Wolf. b) Erwiderung von Eduard Bernstein. — Gerhart Hauptmann's „Weber". Von Fr. Mehring. — Feuilleton: Aus einem deutschen Hause. Ein Familienbild aus dem neunzehnten Jahrhundert von Ludwig Schierk.

Der volksthümliche Kunstverlag von Heinrich Schen in London, aus dem schon eine Anzahl wohl gelungener Bilder hervorgegangen, beginnt mit den soeben erschienenen von Saint Simon und Robert Owen die Ausgabe einer neuen Reihe von Porträts, in der nach und nach alle bedeutenden Männer der sozialistischen Bewegung, sowie die Vertreter bahnbrechender Ideen der Gegenwart erscheinen sollen. Eine geschichtliche Reihenfolge ist dabei nicht beabsichtigt. Vorhandene Lücken sollen, soweit sich ein Bedürfniß dafür geltend macht, später ausgefüllt werden. Die Bilder sind mit kurzen biographischen Erklärungen versehen, haben eine Plattengröße von 24 + 20 Zentimeter, Papiergröße von 42 + 31 Zentimeter und kosten je 30 Pf., Porto nicht inbegriffen.

Die vortrefflich ausgeführten Bilder sind durch den Verlag des „Vorwärts" zu beziehen.

Vermischtes.

Eine aufgeklärte Stadtverwaltung. In einer Sitzung der Stadtverordneten Frankfurts a. M. soll sich, wie das „Offenbacher Abendblatt" meldet, kürzlich folgendes Stücklein abgespielt haben: Herr Dr. Kirchheim hat bemerkt, daß in manchen Straßen, so in der Hoch-, Jahn- und Westendstraße die Hausnummer 13 fehle. Er fragt deshalb an, ob das allgemein so gehalten werde, da doch der Magistrat von Aberglauben in dieser Hinsicht gewiß frei sei. Herr Stadtrath Schrader erwiderte: Das sei geschehen in Rücksichtnahme auf Anträge von Hauseigenthümern, welche wieder auf die Miether Rücksicht nehmen müßten. Der Magistrat habe geglaubt, entgegenkommen zu sollen. Herr May findet es schmählich, daß der Magistrat solchem Aberglauben nachgebe. Er bedauert, daß unsere Schulen noch nicht im stande waren, diesen mittelalterlichen Aberglauben auszurotten. Herr Leuchs-Mack dagegen meinte: Aberglauben finde man auch in anderen Städten. Die Sache habe auch etwas für sich.

Aus Pommern, einem Paradiese der Krautjunker, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: Der Rittergutsbesitzer Eugen J. zu Bargow traf eine Arbeiterin beim Gänsehüten auf seinen Stoppelfeldern und züchtigte sie dafür mit der Peitsche. In Anbetracht dessen, daß der Herr bereits einmal sich an einer wehrlosen Frauensperson vergriffen hatte, erhielt er 60 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängniß. — Umgedreht würde die Strafe wahrscheinlich zweckmäßiger gewesen sein.

Pfaffenlug. In einem Orte Württembergs erklärte der Pfarrer in einer Versammlung: „Die Sozialdemokraten wollen den Bauern ihr Eigenthum nehmen und ihre Häuser anzünden." Eine Anzahl Bauern war wirklich noch so dumm, dieser schuftigen Verleumdung zu glauben. Sie nahmen gegen die anwesenden Sozialdemokraten eine so drohende Haltung an, daß diese das Lokal verließen, um nicht Gegenstand brutaler Mißhandlung zu werden.

Aus Bayreuth wird dem „Berliner Tageblatt" unterm 13. März gemeldet: Gestern, am Geburtstage des Prinzregenten, kam es in dem benachbarten Pottaschhütte zu Streitigkeiten zwischen dem Militär und den Zivilisten; ein Soldat, Oekonomiehandwerker, erhielt solch schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb. — In einer Wirthschaft in der Stadt geriethen Chevauxlegers mit Zivilisten an einander; letztere mußten flüchten.

In Konstantinopel tödtete ein aus der Stadt Helvadji übergesiedelter Großkaufmann Namens Hadji Uglu Hussein aus Eifersucht seine Gattin, seine Schwester, seine Schwägerin, einen Polizeibrigadier und den Beamten Mehemed Tschausch. Der Mörder hat sich später selbst entleibt.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. 21965. Wenden Sie sich zunächst an den Vertrauensmann des 4. Wahlkreises.

A. B. Teltowerstraße. 1. Einem unehelichen Kinde muß von Amtswegen ein Vormund bestellt werden. Ist das unterlassen, so wenden Sie sich mit dem Antrage auf Bestellung eines Vormundes an das Vormundschaftsgericht. 2. 5 Jahre.

A. J. 50. Nach der Bestimmung des Lehrvertrages ist der Lehrherr berechtigt, noch 4½ Monat Lehrzeit zu beanspruchen, wenn der Lehrling so lange Zeit krank war.

F. Gr. Gttr. 1. Eine Anfechtung würde erfolglos sein. 2. Der einschlägige Paragraph ist folgender: § 287, I, A. L.-R.: Niemand ist die unter seinem Grund und Boden fortwuchernden Wurzeln oder die über seine Grenzen herüberhängenden Zweige eines fremden Baumes zu dulden verpflichtet. Der Bauer soll also eventuell klagen.

Sp. 100. 1. Eine freiwillige Krankenkasse, die ohne Rücksicht auf den Gesundheitszustand Mitglieder aufnimmt, ist uns nicht bekannt. 2. Mehreren Orts-Krankenkassen kann man nach Inhalt der meisten derartigen Aufnahmebedingungen nicht angehören; ein Hinderniß außerhalb der Statuten existirt nicht.

T. 86. 1. Wenn Sie rechtskräftig abgewiesen sind, so können Sie nicht mehr klagen. 2. Einen bestimmten Anwalt empfehlen wir in der Zeitung nicht.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: Tischlerei, Fruchtstr. 65, 4,—. Von der Matinee am 19. Februar in der Konkordia, veranstaltet von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend 250,—. Ueberschuß von einer Männer- und Frauenversammlung vom 12. d. Mts., Badstraße 58, durch Gaßmann 27,35. Von sächsischen Bergarbeitern, II. Rate, dabei von einigen Buchdruckern Freibergs, durch Horn 100,—. Amerikanische Auktion bei Otto Klein am 12. März 9,40. Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umgegend 10,—. Summa 400,75 M. Bereits quittirt 12 884,35 M., in Summa 13 285,10 M.

Hausdiener, Packer und Berufsgenossen.
Große öffentliche Versammlung
am Donnerstag, den 16. März 1893, Abends 9 Uhr,
bei Boltz (oberer Saal), Alte Jakobstraße 75.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Rudolf Köster** über: **Die Pariser Kommune von 1871.** Diskussion. 2. Abrechnung und Neuwahl des Vertrauensmannes. 3. Abrechnung der Kongreßkommission. 4. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet 1813b
Die Agitationskommission der Hausdiener.

Soeben erschien Heft 5 von
Illustrirte Weltgeschichte für das Volk
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwickelung.
Von **J. G. Vogt** (Verfasser von „Welt- und Lebensanschauung für das Volk").
Illustrirte Prospekte franko und gratis. Bestellungen erbitte per Postkarte.
Th. Mayhofer Nachf.,
Sozialdemokratische Buchhandlung,
1778b **Berlin N., Weinbergsweg 15b.**

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in **Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel** empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Mechanische Weberei
Telephon 108. **Charlottenburg** Telephon 108.
126 Berliner Strasse 126.
Spezialität:
Damen-Kleiderstoffe jeder Art.
Fabrikate eigener Fabrik.
Täglicher Eingang von Frühjahrs-Neuheiten.
Größtes Lager in schwarzen Cachemires und Fantasiegeweben, doppeltbreit Meter von 65 Pf. an, außerdem empfehle mein **großes Lager in Wäsche, Baumwollen- und Leinen-Waaren.**
Fabrik-Niederlage
von Teppichen, Gardinen und Läuferstoffen.
Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen.

GESCHÄFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und
Elsasser-Baumwollwaaren.
Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc.
Fertige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge etc. etc.
Gardinen
Neue stilvolle Muster in grosser Musterauswahl! Zweiseitig gebogt und sauber gelitzt, Meter von 45 Pf. an
Abgepasst das Fenster (zwei Shawls) von 3,50 Mk. an.
Gardinen-Reste
für 1, 2 oder mehr Fenster pass., äusserst wohlfeil.
Neuheit. in Tischdecken, Bettdecken.
— Sophadecken etc. —
BERLIN N. CHAUSSEESTR. 14.

Empfehle m. Werkzeuge für Töpfer, Maurer, Stuckateure, Former, Lederarbeiter und Buchbinder. Schleiferei für Messer und Scheeren. 15966*
O. Raeder, Oranienstr. 87, zwischen Oranienplatz u. Adalbertstraße.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
3561 L **H. F. Dinslage,** Kottbuserstr. 4, Hof part.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen **„Seifen-Extract"** ꝛc. angeboten werden. 3510L

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*

Geschäfts-Auflösung.
Mein seit 23 Jahren bestehendes
Herren-Garderoben-Geschäft
löse ich vollständig auf und verkaufe **sämmtliche Lagerbestände** bedeutend **unterm** Selbstkostenpreise.
S. Meyerstein, Prinzenstraße 81,
Ecke Stallschreiberstraße, am Moritzplatz.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Oranienstr. 55 (Moritzplatz).
Sprechst. werktägl. 8—6, Sonntags 9—1.

Möbel u. Polsterwaaren **Aug. Herold,** *Oranienstr. 83|84.

Grosse Berliner Schneider-Akademie.
Berlin C., Rothes Schloß Nr. 1. 3603L*
Größte und **einzige** Fachschule, welche nach der **verbesserten und vervollkommneten Methode** des verstorbenen Herrn Direktors **Kuhn** unterrichtet. **Garantie** für gründlichste theoretische und besonders **praktische Ausbildung** in **Herren-, Damen-** und **Wäscheschneiderei. Unentgeltlicher Stellennachweis.** Prospekte gratis. **Empfehlenswerth:** Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesammten Damenschneiderei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer **1.** **Die Direktion.**

Haugk's Bierhaus.
Neu eröffnet: Grüner Weg 61, nahe dem Küstriner Platz. — Alle Freunde und Bekannte lade ganz ergebenst ein.
3803L* **W. Haugk.**

Tüchtige Weißbier-Trinker
können sich melden bei [1489b*
Vater Jahn, Zossenerstr. 6.

Staare, Haidelerchen 2,00, Buchfinken 1,25. Schnelle, Invalidenstr. 7.

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Naunynstr. 38, n. d. Oranienplatz.

Liegnitzerstr. 6 sind kleine, saubere Wohnungen **billig zu vermiethen.** 70—75 M. 1607b*

Eine freundl. Schlafstelle bei Reißner, Chorinerstr. 27, 2. Querged. 1 Tr., Aussicht n. d. Garten. 1811b

Eine Schlafst. f. Hrn. für 7 M. zu verm. b. Krengel, Naunynstr. 28, v. III. 1816b

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 3806L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Waschanstalt,
die geneigt ist, das Fabrikat einer Fabrik in **Kragen** und **Manchetten** zu übernehmen, wolle ihre Adresse u. „S. 1415" an **G. Püttner's Annonc.-Exp.,** Rosenthalerstr. 42, einsenden. [53/35*

Allen Genossen empfehle mein **Blumengeschäft** nebst **Kranzbinderei.**
A. Krause,
3708Q* Wienerstraße Nr. 11.

Kinderwagen, Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23.** Hp

Kinderwagen-Ausverkauf
Jerusalemerstraße 42 I und **Brunnenstraße 6 part.**
Einige ältere Muster sollen, um damit zu räumen, zu außerordentl. ermäßigten Preisen ausverkauft werden. 3701L*

Stempel Vereins-Abzeichen ꝛc. **H. Gattmann,** Brunnenstr. 9. *

Nur neue und elegante Sachen.
Kleider-Baron
Erstes Spezial-Versandhaus und Fabrik für
Herren- u. Knaben-Garderobe
Landsbergerstr. No. 59,
Ecke Georgenkirchplatz.
Um das kolossale Riesen-Lager zu räumen, muß jetzt für baar Geld zu unerhört billig. Preisen verkauft werden.
Alles für die Hälfte des Werthes.
1 Posten elegante Herren-Anzüge von 10 M. an.
1 Posten Frühjahrs-Herren-Anzüge von 12 M. an.
1 Posten Arbeits-Herren-Anzüge von 4 M. an.
1 Posten Kammgarn-Herren-Anzüge von 18 M. an.
1 Posten Gehrock-Anzüge, hochfein von 22 M. an.
1 Posten blaue Cheviot-Anzüge, 2 reihig von 9 M. an.
1 Posten hochfeine Paletots mit Moth und Seidenfutter von 12 M. an.
1 Posten Pellerinen-Mäntel v. 10 M. an.
1 Posten Hosen in Buckskin v. 3 M. an.
1 Posten Hosen i. Kammgarn v. 5 M. an.
1 Posten Lederhosen von 1½ M. an.
1 Posten Westen, hochfein v. 1¼ M. an.
1 Posten Knaben-Anzüge von 2 M. an.
1 Posten Burschen-Anzüge v. 4 M. an.
1 Posten Jünglings-Anzüge v. 6 M. an.
1 Posten Knaben-Paletots mit u. ohne Pellerine, jetzt halb umsonst.
1 Posten Einsegnungs-Anzüge von 6 M. an bis 24 M. 3840L
Sonntags v. 7—10 u. 12—2 Uhr geöffnet.

Arbeitsmarkt.

Wer verschafft einem Gen., welcher sich von der linken Hand zwei Finger abgequetscht hat, etwas leichte Arbeit. Off. u. O. G. a. d. Exp. d. „Vorw.". 18235

Belegerin gesucht b. J. Esser u. Co., Stallschreiberstr. 9. 1821b

Bügler (Gen.) a. Regenmäntel verl. Kraatz, Hussitenstr. 8, v. IV. 1822b

Plätterinnen auf gereinigte und gefärbte Damensachen gesucht Färberei Neue Jakobstr. 9. 1824b

Baroque-Vergolderinnen verl. Neumann, Hennig u. Co., Reichenbergerstr. 47.

Gesucht zum 1. April ein
Redakteur
(Parteigenosse) für ein täglich erscheinendes Blatt in Mitteldeutschland. Gefl. Offerten nebst Bedingungen sind unter R. 100 an die Expedition des „Vorwärts" einzusenden. 3841Q*

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.